

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/_KT/09. Kreistag



Protokoll

**09. Sitzung des Kreistages mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil
am Montag, 27.07.2015 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:32 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Karin Stanuch

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Brilmayer, Walter	abwesend ab 18:30 Uhr
Föstl, Magdalena	abwesend ab 18:00 Uhr
Frick, Roland	
Hilger, Franziska	
Huber, Thomas	abwesend ab 19:00 Uhr
Jorga, Rolf	
Lechner, Martin	
Lenz, Andreas Dr.	anwesend ab 17:15 Uhr abwesend ab 19:10 Uhr abwesend ab 18:20 Uhr
Linhart, Susanne	
Matjanovski, Marina	
Mayr, Piet	abwesend ab 19:23 Uhr
Müller, Alexander	abwesend ab 19:25 Uhr
Niebler, Angelika Dr.	abwesend ab 17:15 Uhr
Ockel, Udo	
Pfluger, Renate	abwesend ab 19:23 Uhr
Riedl, Johann	
Scheller, Tobias	anwesend ab 15:20 Uhr
Schmidt, Arnold	
Schwäbl, Josef	abwesend ab 18:00 Uhr
Schwaiger, Johann	abwesend ab 19:20 Uhr
Vodermair, Manfred	abwesend ab 19:15 Uhr
Wagner, Martin	abwesend ab 19:00 Uhr
Wieser, Bernhard	anwesend ab 15:40 Uhr
Will, Renate	abwesend ab 19:15 Uhr
Zetzl, Bettina	abwesend ab 19:25 Uhr
Zistl, Josef	abwesend ab 18:00 Uhr

SPD-Fraktion

Bittner, Barbara	
Bittner, Ursula	
Böhm, Ernst Dr.	
Esterl, Martin	
Glaser, Renate Dr.	abwesend ab 19:00 Uhr
Hingerl, Albert	abwesend ab 18:00 Uhr
Hohmann, Georg	
Platzer, Elisabeth	

Poschenrieder, Bianka
Rauscher, Doris
Schurer, Ewald

Freie Wähler-Fraktion

Finauer, Franz	abwesend ab 18:40 Uhr
Maurer, Ludwig	abwesend ab 18:30 Uhr
Ossenstetter, Simon	
Reitsberger, Georg	
Seidelmann, Wilfried Dr.	
Weindl, Max	anwesend ab 15:20 Uhr

GRÜNE-Fraktion

Ackstaller, Ilke	
Gerneth, Christine	
Goldner, Philipp	
Greithanner, Franz	
Gruber, Waltraud	
Kalnin, Vincent	
Kirchlechner, Melanie	
Mayer, Benedikt	abwesend ab 18:40 Uhr
Obermayr, Angelika	abwesend ab 17:30 Uhr
Oellerer, Reinhard	

AG AfD-BP-ödp

Adlberger, Nikolaus	
Eckert, Christian	
Theurich, Hagen	abwesend ab 18:30 Uhr
Weigl-Mühlfeld, Johanna	anwesend ab 16:15 Uhr
Garhammer, Franz-Xaver	abwesend ab 18:50 Uhr

Abwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Stewens, Christa	entschuldigt
------------------	--------------

Freie Wähler-Fraktion

Ried, Toni	entschuldigt
------------	--------------

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Karin Stanuch
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Personalien und Ehrungen von Feldgeschworenen für langjährige verdienstvolle Tätigkeit
Vorlage: 2015/2455
- TOP 4 Besetzung der Ausschüsse; Änderungen in der CSU/FDP-Fraktion
Vorlage: 2015/2426
- TOP 5 Informationen über die Haushaltsentwicklung 2015
Vorlage: 2014/2311
- TOP 6 Haushalt 2016; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
Vorlage: 2014/2295
- TOP 7 Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2013 der Kreisklinik gGmbH - Entlastung des Aufsichtsrats
Vorlage: 2015/2400
- TOP 8 ÖPNV; Sicherheit in Schulbussen; Antrag von KR Martin Esterl vom 11.06.2015
Vorlage: 2015/2457
- TOP 9 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 10 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 11 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 12 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat begrüßt die Mitglieder des Kreistages und stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Niederschrift der 08. Sitzung des Kreistages am 27.04.2015 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

Keine

TOP 3	Personalien und Ehrungen von Feldgeschworenen für langjährige verdienstvolle Tätigkeit
-------	--

2015/2455

33/0652-1/2 - Feldgeschworene

Der Landrat begrüßt die anwesenden Feldgeschworenen und Herrn Baumgartner vom Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Ebersberg.

Er verleiht die Aufgaben eines Feldgeschworenen und bedankt sich für insgesamt 265 Jahre langjährige, verdienstvolle Tätigkeit bei den heute geladenen Feldgeschworenen.

Zusammen mit Herrn Baumgartner verleiht der Landrat eine Urkunde und ein Geschenk an:

Josef Schönberger, Aßling	25 Jahre
Josef Raig, Bruck	25 Jahre
Maximilian Fuchs, Frauenneuharting	25 Jahre
Josef Huber, Frauenneuharting	25 Jahre
Ludwig Neumayr, Frauenneuharting	25 Jahre
Herr Johannes Riedl, Bruck	40 Jahre, entschuldigt
Herr Franz Greska, Forstinning	50 Jahre, entschuldigt
Martin Hörndl, Forstinning	50 Jahre

Herr Baumgartner bedankt sich ebenfalls bei den Feldgeschworenen. Sie seien wichtige Partner im Kerngeschäft, dem Vermessen von Grundstücken. Als erste Ansprechperson vor Ort seien sie eine wertvolle Unterstützung. Mit herzlichem Dank überreicht Herr Baumgartner den Feldgeschworenen ein Buch zur Bayerischen Vermessungsgeschichte. Herr Hörndl bekommt für 50 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit zusätzlich eine Aufnahme von Forstinning von 1811.

Der Landrat berichtet, dass die Kommunale Verdienstmedaille für Herrn Ewald Schurer bei den Ehrungen im Dezember 2014 nicht vergessen worden, sondern durch den Regierungspräsidenten Christoph Hillenbrand persönlich am 15.07.2015 überreicht worden sei.

Der Landrat berichtet weiter, dass Herr Kreisrat Martin Lechner zu seinem 60. Geburtstag am 27.04.2015 die Glückwünsche und ein Geschenk vom stellvertretenden Landrat Herrn Walter Brillmayer erhalten habe. Der Landrat übergibt Herrn Lechner noch ein kleines Geschenk.

Kreisrat Arnold Schmidt erhält nachträglich zu seinem 65. Geburtstag am 18.07.2015 einen Geschenkkorb durch den Landrat.

Der Landrat gratuliert Kreisrat Tobias Scheller nachträglich zu seiner Hochzeit und überreicht ihm ebenfalls ein Geschenk.

TOP 4	Besetzung der Ausschüsse; Änderungen in der CSU/FDP-Fraktion
-------	--

2015/2426

BL

Vorberatung

KSA am 13.07.2015, TOP 4 Ö

Der Landrat berichtet, dass die CSU/FDP-Fraktion mit Email vom 27.04.2015 einen Wechsel bei der Ausschussbesetzung im KSA, LSV- und SFB-Ausschuss beantragt habe. Er verliert die Änderungen und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Herr Roland Frick wird mit sofortiger Wirkung als Mitglied im Kreis- und Strategieausschuss an Stelle von Herrn Tobias Scheller benannt. Als Vertreter von Herrn Thomas Huber wird Herr Hans Schwaiger benannt.
2. Frau Bettina Zetzl wird mit sofortiger Wirkung als Mitglied im LSV-Ausschuss an Stelle von Herrn Roland Frick benannt.
3. Herr Tobias Scheller wird mit sofortiger Wirkung als Mitglied im SFB-Ausschuss an Stelle von Frau Bettina Zetzl benannt.



einstimmig angenommen

TOP 5	Informationen über die Haushaltsentwicklung 2015
-------	--

2014/2311

F 2 / HH 2015 / Entwicklung

An der Beratung nimmt teil:

Brigitte Keller, Leiterin Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Der Landrat erteilt Frau Keller das Wort.

Frau Keller berichtet über die Haushaltentwicklung 2015 anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

Der Landrat stellt fest, dass es dazu keine Wortmeldungen gibt und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Im nächsten Jahr ist dem Kreistag wieder in dieser Form zu berichten.



einstimmig angenommen

TOP 6	Haushalt 2016; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
-------	---

2014/2295

F 2 / HH 2016 / Eckwerte

Vorberatung

KSA-Ausschuss am 13.07.2015, TOP 6 Ö

An der Beratung nehmen teil:

Brigitte Keller, Leiterin Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat
Margrita Schwanke-Berner, stv. Leiterin Sachgebiet Z 2 – Personalservice
Stefanie Geisler, Leiterin Abteilung S – Soziales und Bildung

Der Landrat führt in den Sachverhalt ein. Am 13.07.2015 habe sich der KSA bereits mit dem Thema befasst. Mit der Vorgabe von Eckwerten für die Fachausschüsse und die Verwaltung werden frühzeitig die Weichen für den Haushalt 2016 gestellt. Seit 2008 arbeite der Kreistag mit dieser Systematik erfolgreich.

Die vom Finanzmanagement vorgenommenen Vorausberechnungen seien insgesamt sehr positiv. Die Umlagekraft des Landkreises werde deutlich steigen, so dass eine Erhöhung der Kreisumlagenpunkte nicht zu befürchten bzw. nach heutigem Stand auszuschließen sei.

Auch die Rahmenbedingungen der Verschuldung hätten sich deutlich verbessert. Vor drei Jahren sei man noch von einem Höchststand der Verschuldung in Höhe von 78 Mio € ausgegangen, dieser sei aus heutiger Planungssicht jedoch bei 59,5 Mio € erreicht.

Die ursprüngliche Planung, dass der Landkreis im Jahr 2016 keine Kredite mehr aufnehmen müsse, könne jedoch nicht eingehalten werden. Dies läge vor allem daran, dass sich der Landkreis mit der Finanzierung der Sanierung der Kreisklinik beschäftigen müsse, sowie auch mit der Sanierung der Kreisstraßen. Auch im Bereich der Bildung sei mit weiteren Investitionen zu rechnen, dafür sei auch ein Schülergutachten in Auftrag gegeben worden. Dies seien aber auch Themen und Projekte, für die sich die Politik in den Fachausschüssen mit großer Mehrheit entschieden habe.

Der Landkreis werde auch weiterhin mit stetig steigenden Sozialausgaben rechnen müssen. Inzwischen werden 56 % der Teilbudgets dafür ausgegeben. Dies seien aber auch immer Investitionen in die Gesellschaft. Jeder Euro der präventiv ausgegeben werde, könne später Reparaturkosten einsparen.

Die Unterbringungsprobleme für die Asylbewerber seien ja bekannt. Die Entwicklung bei der Zahl der Asylbewerber bringe den Landkreis schon jetzt personell an seine Grenzen. In diesem Jahr seien dafür neun neue Stellen geschaffen worden und auch im nächsten Jahr werde das Personal deutlich zunehmen müssen. Inwieweit die Aufwendungen am Ende vom Freistaat Bayern erstattet werden, werde sich zeigen. Immerhin werden inzwischen die Personalkosten für die Hausmeister an den Unterbringungseinrichtungen und die der Sozialpädagogen zur Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge (umF) refinanziert. Die Thematik stelle den Landkreis dennoch vor finanzielle Herausforderungen.

Im KSA am 13.07.2015 seien die Eckwertevorschläge bereits behandelt worden. Der Ausschuss habe auf Antrag der CSU/FDP-Fraktion beschlossen, dem Kreistag zu empfehlen, dass die Steigerungen der Eckwerte um 4,3 % bzw. 2,2 Mio € gegenüber der Planung 2015

insgesamt auf 2,5 % bzw. 1,3 Mio € begrenzt werden. Die Verwaltung nehme diesen Auftrag ernst und werde sich intensiv in den einzelnen Fachbereichen differenziert damit auseinandersetzen.

Der Landrat erteilt Frau Keller das Wort. Frau Keller stellt den Finanzrahmen der Fachausschüsse anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) vor. Frau Schwanke-Berner übernimmt den Bereich Personalentwicklung.

Auf die Frage aus dem Gremium (Albert Hingerl), warum die weiteren benötigten Stellen noch nicht eingeplant seien, antwortet Frau Keller, dass dies erst die Eckwerte seien. Die endgültige Planung und Genehmigung erfolge dann im Herbst zur Haushaltsplanung.

Die Frage (Rolf Jorga), ob die Personalkosten auch operative Kosten z.B. Raumkosten nach sich ziehen, bejaht Frau Keller und fügt hinzu, dass darüber bereits im LSV diskutiert werde.

Wortmeldung aus dem Gremium (Albert Hingerl), die Steigerung der Eckwerte soll auf 2,5% begrenzt werden, obwohl wir heute bereits wissen, dass weitere neue Stellen noch mehr Kosten verursachen werden. Er bittet um mehr Transparenz zu den angedachten Stellen.

Anmerkung aus dem Gremium (Dr. Ernst Böhm), als Mitglied des KSA möchte er mit gutem Beispiel vorangehen, der KSA solle Kürzungen vornehmen.

Jugendhilfeausschuss

Auf die Nachfrage aus dem Gremium (Franz Finauer), ob die Personalkosten für umF in den Eckwerten bereits enthalten seien, antwortet Frau Keller, nur die Stellen die bereits besetzt seien aber nicht die zukünftigen.

Die Frage (Albert Hingerl), mit wieviel Prozent Mehrpersonal denn zu rechnen sei, antwortet Frau Geisler, dass weitere 10.000 umF in Bayern erwartet werden, dass die Auswirkungen für den Landkreis aber noch nicht abgeschätzt werden können. Stellenmehrungen seien auf jeden Fall notwendig. Für die Sozialpädagogen erhalte der Landkreis jedoch Rückerstattungen durch den Freistaat.

SFB-Ausschuss

Frau Keller betont, dass der Bürokratismus bei den Antragsverfahren im Bereich Bildung und Teilhabe zu hoch sei. Sie können den Kreisräten nur immer wieder empfehlen, sich politisch für eine Pauschalierung der Hilfen für z.B. Vereins-, Klassenfahrten oder Unterrichtsmaterialien einzusetzen, um Personalaufwand einzusparen.

Anmerkung ins Gremium (Benedikt Maier), dass die Kreisräte sehenden Auges in ein finanzielles Risiko gehen.

Wortmeldung aus dem Gremium (Albert Hingerl), es gehe ihm nur um Transparenz. Die SPD habe einen Antrag zur Asylfrage, Personal und Gelder gestellt. Jetzt werden die Eckwerte festgelegt und nach der Sommerpause berate man über den Antrag, um dann festzustellen, dass bei den Eckwerten im Bereich Personal oder auch in den anderen Fachbereichen 1 Mio € vergessen worden sei. Auf dieses Risiko möchte er hinweisen.

Wortmeldung aus dem Gremium (Martin Lechner), es stelle sich die Frage, wie diese Risiken bewertet werden. Am Ende wirken sie sich auf die Kreisumlage aus.

Anmerkung aus dem Gremium (Reinhard Oellerer), dass die Begrenzung der Eckwerte auf 2,5 % nicht realistisch sei, da die nicht geplanten Risiken höher seien als die Einsparpotenziale. Die GRÜNEN-Fraktion habe daher dem KSA-Beschluss nicht zugestimmt. Im JHA seien 600.000 € mehr geplant, im SFB 800.000 €, er sehe dort keine Einsparpotenziale. Auch im Bereich Personal werde man mit noch mehr Kosten rechnen müssen. Selbst wenn insge-

samt 500.000-700.000 € eingespart werden können, so seien die Risiken im Bereich Personal, bei den Kosten der Unterkunft nach der aktuellen Feststellung der Mietpreisobergrenzen, bei den Gastschülern oder auch der voraussichtlichen Übernahme der Asylbewerber in Hartz IV viel höher. 2,5 % seien illusorisch, man könne froh sein, wenn man mit dem Vorschlag der Verwaltung auskomme.

Anmerkung (Walter Brilmayer), die Risiken seien unbestritten, diese bestehen aber auch bei den 4,3%. Daher müsse das Korsett noch enger geschnallt werden, um dann gegebenenfalls überhaupt noch agieren zu können. Zur Aussage von Frau Keller, dass die Kreisumlage nicht steigen brauche, bemerkt Herr Brilmayer, dass vielleicht der Hebesatz nicht steige aber sehr wohl die Kreisumlage. Die Gemeinden seien auch belastet und weil noch mehr Belastungen zu erwarten seien, müssen sich die Kreisträte beschneiden.

Der Landrat bedankt sich bei Frau Keller für ihre Ausführungen und die intensive Vorarbeit und eröffnet die Generaldebatte zum Thema.

Wortmeldung aus dem Gremium (Ewald Schurer), Risiko bedeute absehbare Kostensteigerung. Asyl sei kein Risiko sondern könne auch eine Chance sein. Es gäbe manchmal Schnittstellen zwischen Bund und Landkreis, die hier zu thematisieren wären. Der Bund habe eine Sonderprogramm über 450 Mio € aufgelegt für die Leute, die länger als ein Jahr arbeitslos seien, um sie besser ins Berufsleben zurückzuführen. Davon könne auch der Landkreis profitieren. Im Bereich der Inklusionsgesetzgebung werde das Bundesteilhabegesetz beim Bund teilweise im Jahr 2016 haushaltswirksam. In den Jahren 2017, 2018, 2019 werde sich dies dann aber auch auf die Gebietskörperschaften auswirken. Zum Thema Asyl sei sich der Bund seiner Verantwortung bewusst und plane die Zuschüsse für die Länder um eine weitere halbe Milliarde zu erhöhen. Mittelfristig können die Kommunen mit höheren Entlastungen durch den Bund rechnen.

Anmerkungen zur Haushaltspolitik (Dr. Ernst Böhm), er möchte den Aspekt Effizienz betonen und daher habe er folgende Einsparvorschläge: Anwendung von Skonto könnte an die 200.000 € Einsparungen bringen; Trendwende beim Thema Energie andenken, die letzten 10% würden überproportional viel kosten; Einführung kommunaler Gesellschaften v.a. bei Dienstleistungen (z.B. Gebäudereinigung), 17-18% Einsparungen möglich; Im Zuge des Subsidiaritätsprinzips mehr Aufgaben an Diakonie und Caritas übergeben; private Institutionen mehr fördern, der Landkreis müsse nicht alles selber machen; sowie im Bereich Bildung und Teilhabe die hohen Personalkosten im Vergleich zu den Zuschüssen zu senken.

Anmerkung (Benedikt Mayer), dass der Beschlussvorschlag unwürdig sei. Laut Beschlussvorschlag sollen die Fachausschüsse die Kürzungen vornehmen. Er sehe die Kreisträte bei der Umsetzung der Kürzungen in der Pflicht. Dazu der Landrat, dass die Verwaltung und er nun die Aufgabe hätten, in den einzelnen Fachbereichen Vorschläge zu erarbeiten und diese dann in den Fachausschüssen zur Diskussion zu stellen, ob sie den Kürzungen zustimmen. Herr Müller ergänzt, dass der Kreistag ein Kontrollgremium sei, die Verwaltung schlage vor und die Kreisträte stimmen ggf. zu und vertreten die Beschlüsse nach außen.

Wortmeldung (Martin Lechner), der richtige Weg sei, dass die Verwaltung Vorschläge mache und die Kreisträte einschreiten müssen, wenn nichts käme. Zum Thema zusätzlicher Büroflächen müsse sich die Verwaltung überlegen, was ausgelagert werden könne bzw. die Möglichkeiten der Heimarbeit prüfen.

Anmerkung (Reinhard Oellerer) zur Klarstellung, dass er mind. 1 Mio € Mehrkosten bei den Risiken sehe aber nicht bei den Einsparungsmöglichkeiten. V.a. im Sozialbereich müsse ein vernünftiges Korsett geschaffen werden, da dort die hohen Kostensteigerungen sein werden. Es gehe ihm nur um Realismus und Transparenz. Ferner habe er den Verdacht, dass dies nur die erste Stufe zu was anderem sei, nämlich den Punktwert der Kreisumlage zu senken.

Er beantrage den roten Satz im Beschlussvorschlag zu streichen, da die 2,5% nicht realistisch seien.

Wortmeldung aus dem Gremium (Ewald Schurer), der Kreistag sei nicht nur ein Kontrollorgan sondern auch die Schnittstelle zwischen der kommunalen und der staatlichen Seite. Kreisräte werden gewählt und können ihre Meinung auch vertreten. Ferner merke er an, dass der Haushalt für Wahrheit, Klarheit und Transparenz stehe. Absehbare Mehrkosten sollten möglichst früh, auch lange vor den Eckwerten realistisch abgebildet werden.

Anmerkung (Georg Reitsberger), dass die Verwaltung ein gutes Zahlenwerk erstellt habe, Probleme müssen gemeinsam gelöst werden und die Freie Wähler-Fraktion stehe zum Beschlussvorschlag.

Der Landrat bemerkt, dass das System mit den Eckwerten vom Gremium über Jahre entwickelt worden sei. Die Tabellen würden die Differenz 2015/2016 zeigen und seien somit bereits im Juli ein Orientierungswert für die Verwaltung. Die endgültige Haushaltsplanung erfolge erst im Herbst. Mit diesem Verfahren steige der Landkreis Ebersberg sehr früh in die Haushaltsplanung ein, deutlicher früher als die meisten anderen Kreistage und Kommunalparlamente.

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und lässt über den geänderten Beschlussvorschlag und den Antrag der Grünen abstimmen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

- 1. Für die Haushaltsberatungen 2016 wurden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgeschlagen:**

	Plan 2015	Eckwert 2016
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	6.823.219	7.000.000
Jugendhilfeausschuss	12.095.594	12.700.000
SFB-Ausschuss	16.128.215	16.900.000
ULV-Ausschuss	4.761.166	4.900.000
LSV-Ausschuss	11.199.661	11.700.000
Summe	51.016.855	53.200.000

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse würde 53.200.000 € betragen. In der Summe stiege die zur Verfügung gestellte Finanzmasse gegenüber der Planung 2015 um 2.183.145 € (+ 4,3 %).

Die Steigerung zur Planung des Vorjahres (Summe aller Teilbudgets) soll auf max. 2,5% begrenzt werden. [Streichung dieses Satzes abgelehnt, nur 6 Stimmen dafür!]

Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2016 diese Eckwerte einzuhalten.



angenommen

gegen 7 Stimmen

TOP 7	Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2013 der Kreisklinik gGmbH - Entlastung des Aufsichtsrats
-------	---

2015/2400 F / Beteiligungen / KK gGmbH/ JA 2013 / Entlastung

Vorberatung KSA am 08.06.2015, TOP 4 Ö

An der Beratung nimmt teil: Brigitte Keller, Leiterin Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Der Landrat ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt aufgrund persönlicher Beteiligung die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Landrat Walter Brilmayer.

Herr Brilmayer stellt die Beschlussfähigkeit fest: Neben dem Landrat sind auch die anwesenden Aufsichtsräte der Kreisklinik Ebersberg gGmbH, Thomas Huber, Martin Wagner, Elisabeth Platzer, Dr. Renate Glaser, Angelika Obermayr, Reinhard Oellerer und Johanna Weigl-Mühlfeld gemäß Art. 43 Abs. 1 LKrO nicht stimmberechtigt.

Herr Brilmayer übergibt das Wort an Frau Keller, welche anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) den Sachverhalt kurz erläutert.

Im Anschluss lässt Herr Brilmayer über den Beschlussvorschlag aus der Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:

Dem Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2013 die Entlastung erteilt.



einstimmig angenommen

TOP 8	ÖPNV; Sicherheit in Schulbussen; Antrag von KR Martin Esterl vom 11.06.2015
-------	---

2015/2457

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 23.07.2015, TOP 7 Ö

Der Landrat führt in den Sachverhalt ein und berichtet, dass aufgrund eines aktuellen Schulbusunfalls im Juni, Kreisrat Martin Esterl beantragt habe, dass der Kreistag eine Petition an den Bayerischen Landtag bzw. an die Bayerische Staatsregierung richte und diese ggf. an die Bundesregierung weiterleite mit dem Inhalt, die Gurt- und Sitzplatzpflicht in Schulbussen einzuführen. Neben dem Antrag von Kreisrat Martin Esterl habe sich MdB Dr. Andreas Lenz, MdL Thomas Huber und er sich in dieser Sache an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrinth gewandt. Ferner sei MdL Dr. Florian Herrmann (Präsident der Landesverkehrswacht Bayern e.V.) von MdL Thomas Huber angeschrieben worden.

Ziel sei es, die Sicherheit in Schulbussen zu erhöhen. Im ULV-Ausschuss am 23.07.2015 habe man das Thema auch mit den anwesenden Busunternehmern Ettenhuber, Reiser und Riedl ausführlich und konstruktiv erörtert. Von den 5.400 Schüler für die der Landkreis zuständig sei, würden nur rund 1.300 mit Schulbussen befördert werden. 4.100 Schüler würden öffentliche Buslinien oder die S-Bahn nutzen. Eine Sitzplatzgarantie und Anschnallpflicht für rund 1.300 Schüler könne der Landkreis alleine finanziell und organisatorisch nicht leisten. Dies würde auch zu einer Zweiklassengesellschaft zwischen Schülern in Schulbussen und

denen in öffentlichen Buslinien führen. Er wolle auch keine weitere Zweiklassengesellschaft zwischen den Schülern für die der Landkreis zuständig sei und denjenigen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden. Die Mehrkosten in Höhe von 450.000 €, so der Landrat, seien ihm nicht zu teuer, jedoch sei dies nur der Beitrag des Landkreises, sofern der Freistaat auch 60% der Zusatzkosten mittrage. Sobald der Bund und die Länder die finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen würden, wäre der Landkreis selbstverständlich bereit, diese umzusetzen. Die Thematik müsse über die Landkreisgrenzen hinaus allgemein geregelt werden.

Wortmeldung aus dem Gremium (Dr. Wilfried Seidelmann), laut Bayerischer Unfallversicherung, gäbe es in kleinen Transportbussen für 8-9 Personen eine Gurt- und Anschnallpflicht. Problematisch seien die öffentlichen Busse und alle Busse ohne Gurte. Bei Kindern mit einer Körpergröße < 1,5 m würden Gurte nicht halten, dafür würde eine Sitzplatzerhöhung benötigt werden. Dies sei wohl schwierig durchzusetzen bzw. in der Praxis umzusetzen.

Wortmeldung (Martin Esterl), es freue ihn, dass sich so viele dem Thema anschließen und dass auch Kreisrätin Doris Rauscher eine Anfrage dazu im Landtag gestellt habe. Eine schrittweise Verbesserung sei gut, die Sicherheit der Kinder gehe vor. Er möchte jedoch seinen Antrag mit der „Anschnallpflicht“ aufrechterhalten. Die Kosten könne man erst später berücksichtigen.

Wortmeldung (Thomas Huber), die CSU unterstütze den Antrag von Herrn Esterl und habe auch Verständnis für die Eltern. Eine 100% Sicherheit gebe es jedoch in keinem System und Schulbusse gelten immer noch als die sicherste Beförderung. Er beantrage, den Beschlussvorschlag um die Forderungen des CSU-Schreibens zu ergänzen. Die Gurtspflicht sei eine reine Bundesangelegenheit.

Antrag aus dem Gremium (Johanna Weigl-Mühlfeld), dass der Landkreis bei Ausschreibungen Gurte in den Bussen einfordere. In Reisebussen gäbe es Gurte, die auch für Kinder passen. Sie unterstütze den Antrag von Herrn Esterl, den Kindern müsse doch überhaupt erst einmal die Chance gegeben werden, sich anschnallen zu können.

Anmerkung aus dem Gremium (Philipp Goldner), dass laut Gemeindeunfallversicherung (GUV) die Gefährdung in privaten PKWs viermal höher sei als in Schulbussen, ebenso sei die Unfallschwere höher. Bei der Debatte zur Sicherheit in Schulbussen müsse auch beachtet werden, dass jedes Elternteil, das sein Kind nicht in die Schule fährt, die Verkehrssicherheit erhöhe.

Wortmeldung (Franz-Xaver Garhammer), dass Kinder sich sowieso nicht an die Gurtspflicht halten würden, dies zu kontrollieren bedürfe auch Fahrplanänderungen. Er sei gegen die Anschnallpflicht, auch wegen der zu hohen Kosten. Wäre der Unfall nicht passiert, würde man das Thema gar nicht diskutieren.

Wortmeldung (Martin Lechner), er trage den Antrag von Herrn Esterl grundsätzlich mit, nur könne man nicht was fordern, was nicht umsetzbar sei (Anschnallpflicht).

Apell aus dem Gremium (Doris Rauscher), sich nicht in Details zu verlieren, sondern erst einmal politische Ziele zu formulieren. Wichtig sei, dass der Landkreis den Mut fasse, diese Forderungen anzubringen und geschlossen auftrete. Andere Länder seien beim Thema Schulbussicherheit viel weiter.

Wortmeldung (Alexander Müller), der Beschluss im ULV-Ausschuss sei gut gewesen, eine Sitzplatzgarantie v.a. für die kleinen Schüler, sei ein Anfang. Die Kostenbetrachtung sei auch überschaubar.

Wortmeldung (Dr. Andreas Lenz), er appelliere für den Änderungsvorschlag der CSU zu stimmen. Der Verkehrsminister wolle das Schreiben der CSU wohlwollend prüfen.

Der Landrat lässt über den Beschlussvorschlag mit den Änderungen aus dem CSU-Vorschlag abstimmen.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

1. **Die Initiative zur Erhöhung der Sicherheit in Schulbussen an das Bundesverkehrsministerium wird befürwortet.**



einstimmig angenommen

2. **Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung werden aufgefordert, die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen um eine Sitzplatzgarantie und Gurtpflicht in Schulbussen zu gewährleisten.**



abgelehnt

gegen 21 Stimmen

3. **Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung werden aufgefordert, die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen um eine Sitzplatzgarantie in Schulbussen zu gewährleisten.**



angenommen

gegen 1 Stimme

Änderungs-Vorschlag zu Nr. 2 der CSU-FDP-Fraktion:

Der Bund wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie eine Sitzplatz- und Gurtpflicht in Schulbussen umsetzbar ist und dies auch mit Verbänden und Betroffenen aus der Praxis zu diskutieren. Lösungsmöglichkeiten sind eng mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Bundesländern abzustimmen.

Nicht mehr abgestimmt

TOP 9	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

Keine

TOP 10	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

An der Beratung nimmt teil:

Stefanie Geisler, Leiterin Abteilung S – Soziales und Bildung

Der Landrat berichtet mittels einer Präsentation (*Anlage 4* zum Protokoll) von den umgesetzten Projekten im Bereich Soziales und Bildung, u.a. Audit berufundfamilie, Bildungsregion, Gesundheitsregion^{plus} und demografisches Gesamtkonzept.

Im Anschluss übergibt der Landrat zum aktuellen Sachstand im Bereich Asyl das Wort an Frau Geisler. Er ergänzt, dass inzwischen nicht mehr 21 sondern 30 Asylbewerber pro Woche zusätzlich zu bewältigen seien. Die Mitarbeiter würden dabei auch am Abend und an den Wochenenden mehr leisten als zu erwarten sei.

Frau Geisler stellt den aktuellen Stand anhand einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll) vor und ergänzt, dass laut Prognose im Jahr 2016 mit ca. 500.000 Asylanträgen bundesweit zu rechnen sei.

Der Landrat bedankt sich bei Frau Geisler für die Vorstellung und ergänzt, dass der Vortrag zeige, wie sehr das Landratsamt mit diesem Thema beschäftigt sei. Er sehe ein weiteres Jahr mit dieser Situation sehr kritisch. Die Mitarbeiter und Helferkreise seien am Limit und auch für die Bevölkerung sei es eine große Belastungsprobe. Das Landratsamt stehe in engem Kontakt mit den Gemeinden. Die bisher noch weißen Felder auf der Karte werden auch noch geschlossen werden. Bisher seien noch nicht in allen Gemeinden menschenwürdige Unterkünfte bzw. geeignete Objekte gefunden worden.

Wortmeldung aus dem Gremium (Martin Lechner), er sehe bei dem Zulauf der Asylbewerber kein Ende. Auf die Frage, ob bereits für das Jahr 2017 Planungen auch vom Bund oder dem Freistaat angedacht seien, antwortet der Landrat, für eine Generaldebatte sei hier nicht der richtige Ort. Im Fachausschuss des Bayerischen Landkreistags werden die Forderungen bereits umgesetzt und bis auf die Personalkosten alles gezahlt. In Nordrhein-Westfalen zum Vergleich würden nur pauschal 35% der angefallenen Kosten übernommen werden.

Anmerkung (Dr. Wilfried Seidelmann), dass er bereits im SFB-Ausschuss beantragt habe, die Asylbewerber im Demografiekonzept und dem Sozialbericht mehr zu berücksichtigen.

Anregung aus dem Gremium (Dr. Ernst Böhm) an den Landkreis, zusammen mit dem Landkreistag, dem Gemeindetag und der Staatsregierung zu prüfen, in welchem Umfang in einem städtebaulichen Vertrag die Folgekosten geregelt werden können und unverzüglich eine Musterbescheinigung eines städtebaulichen Vertrages zu den Folgekosten vorzulegen. Der Landrat dazu, dass städtebauliche Verträge in die Zuständigkeit der Kommunen und nicht in die des Landkreises fallen. Er begrüße die Anregung aber in der Sache.

Wortmeldung (Doris Rauscher), dass die Kosten für die Asylsozialarbeit derzeit den Landkreis sehr stark belasten. Im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips möchte sie noch einmal darauf hinweisen, dass der Landkreis die Unterstützung der Caritas mehr nutze. Dort seien noch Kapazitäten offen und das Personal wäre bereit mehr zu leisten. Zudem würden die Personalkosten dort mit 80% vom Freistaat kofinanziert werden. Bedenklich sei auch, dass Asylbewerber die bei der Verwaltung einen Antrag stellen, eine Genehmigung bekämen oder gar abgewiesen werden, auch von dieser eine vertrauensvolle Sozialberatung erhielten. Antrag, Verwaltung, Sozialberatung müsse klar getrennt werden. Der Kreistag solle sich für einen stärkeren Ausbau der Sozialarbeit bei freien Trägern aussprechen. Bezüglich der neuen Koordinierungsstelle Asyl möchte sie darauf hinweisen, dass der Antrag dafür beim Freistaat rechtzeitig gestellt werde. Der Freistaat habe bayernweit dafür 500.000 € zur Verfügung gestellt. Frau Geisler antwortet, dass das Landratsamt sein Interesse an der Koordinierungsstelle Asyl bekundet habe, der Antrag sei aber noch nicht gestellt worden, weil die Förderrichtlinie noch nicht fertig sei. Man stehe im engen Austausch mit der Caritas aber auch dort sei der Markt bei sozialpädagogischem Personal leergefegt. Das Landratsamt benötige einen Teil des sozialpädagogischen Personals im Haus, da die Träger laut Vertrag kein Personal nach 17.00 Uhr und am Wochenende zur Verfügung stellen würden. Ein zweistufiger Ausbau sei jedoch mit der Caritas bereits abgestimmt.

Wortmeldung (Johanna Weigl-Mühlfeld), sie glaube auch nicht, dass der Strom der Asylbewerber in den nächsten fünf bis zehn Jahren aufhöre. Auf der Insel Lesbos kämen wöchentlich 9.000 Flüchtlinge an und in der Türkei seien 1,8 Mio syrische Asylbewerber, die irgend-

wann zu uns kämen. Vor zwei, drei Jahren habe sie bereits ihre Wohnung für Asylbewerber gemeldet, da hieß es aber, die Gemeinde Baiern sei zu weit weg. Langfristig befürworte sie eine bessere Streuung der Asylbewerber auch im Zuge der Integration. Der Landrat dazu, dass in Zukunft in allen Gemeinden Asylbewerber untergebracht werden müssen.

Der Landrat bedankt sich für die Wortmeldungen.

Der Kreistag nimmt Kenntnis

TOP 11	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

Keine

TOP 12	Anfragen
--------	----------

Wortmeldung aus dem Gremium (Vincent Kalnin), um sich besser konzentrieren zu können, stehe er während den Sitzungen gerne und fragt an, ob dies störe. Das Gremium hat keine Einwände.

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:35 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.

**Anlage 1 zum Protokoll;
KT 27.07.2015 TOP 5 Ö**

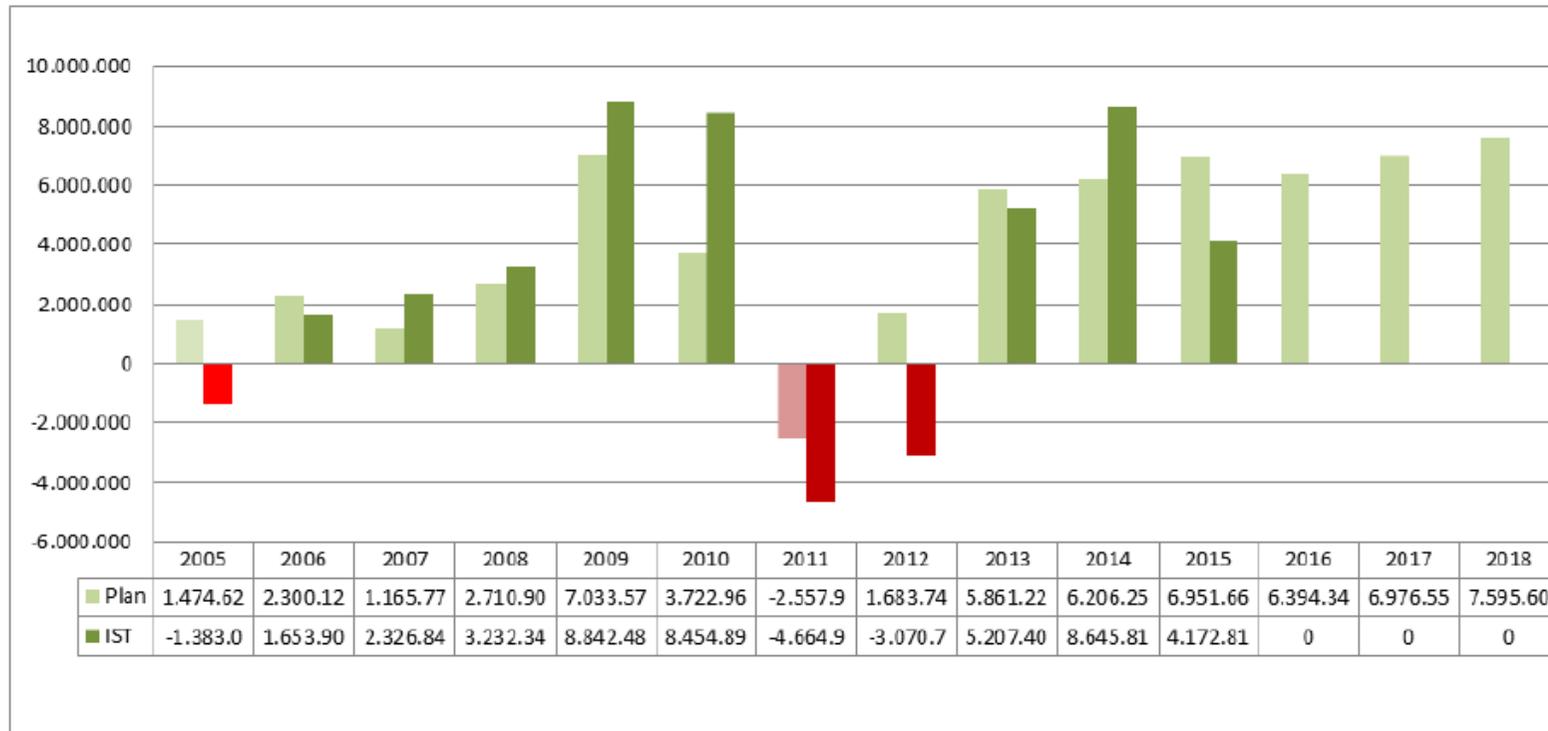


Landkreis Ebersberg

Kreistag am 27.07.2015 TOP 5

**Informationen über die
Haushaltsentwicklung 2015**

Jahresergebnisse seit 2005



Das Ergebnis 2014 ist endgültig. Der geplante Ergebnisüberschuss in Höhe von 6,2 Mio € wurde mit 8,6 Mio € deutlich übertroffen.



Landkreis
Ebersberg

Entwicklung des Ergebnisses 2015

Die Erträge sind zu 48 % realisiert (2014: 66 %). Zum jetzigen Zeitpunkt liegen die Erträge deutlich unter denen des Vorjahres.

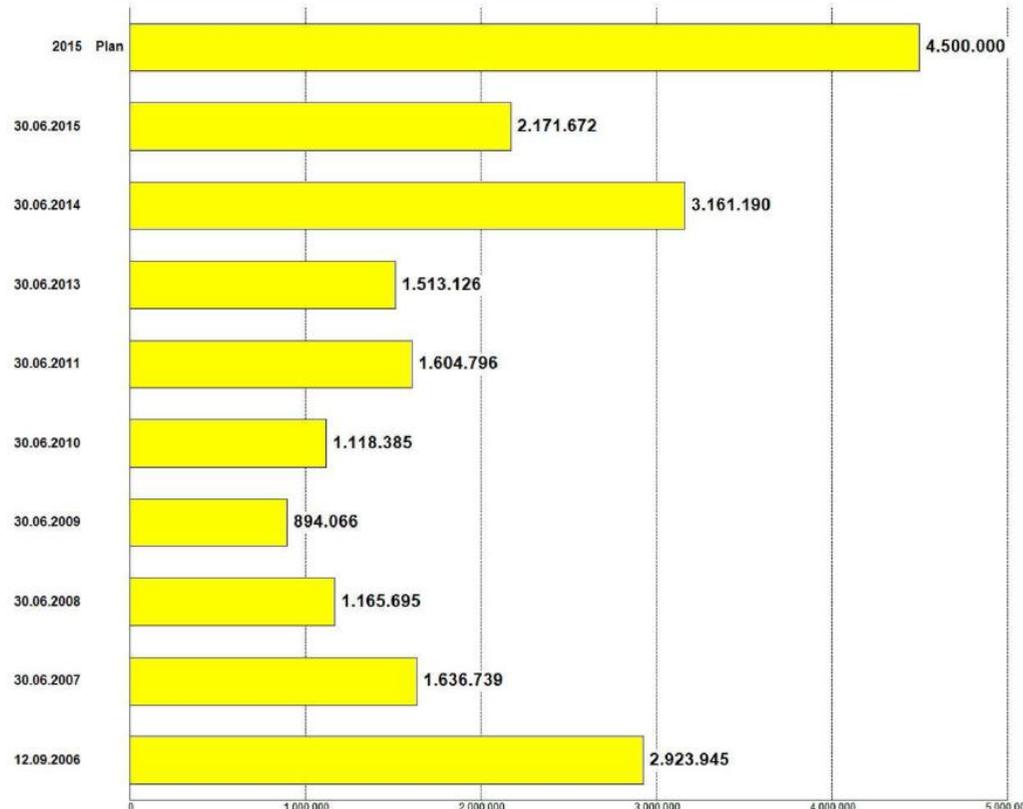
Bei den Aufwendungen sind derzeit keine besonderen Auffälligkeiten erkennbar.

Die Nettobetrachtung ist deutlich negativer als in den letzten Jahren, aber immer noch im Plan.



Landkreis
Ebersberg

Grunderwerbssteuer



**Es fehlen noch 7
Monatseingänge, die
Entwicklung liegt
deutlich hinter dem
Vorjahr zurück (- 1 Mio €
nach 5 Monatsein-
gängen).**

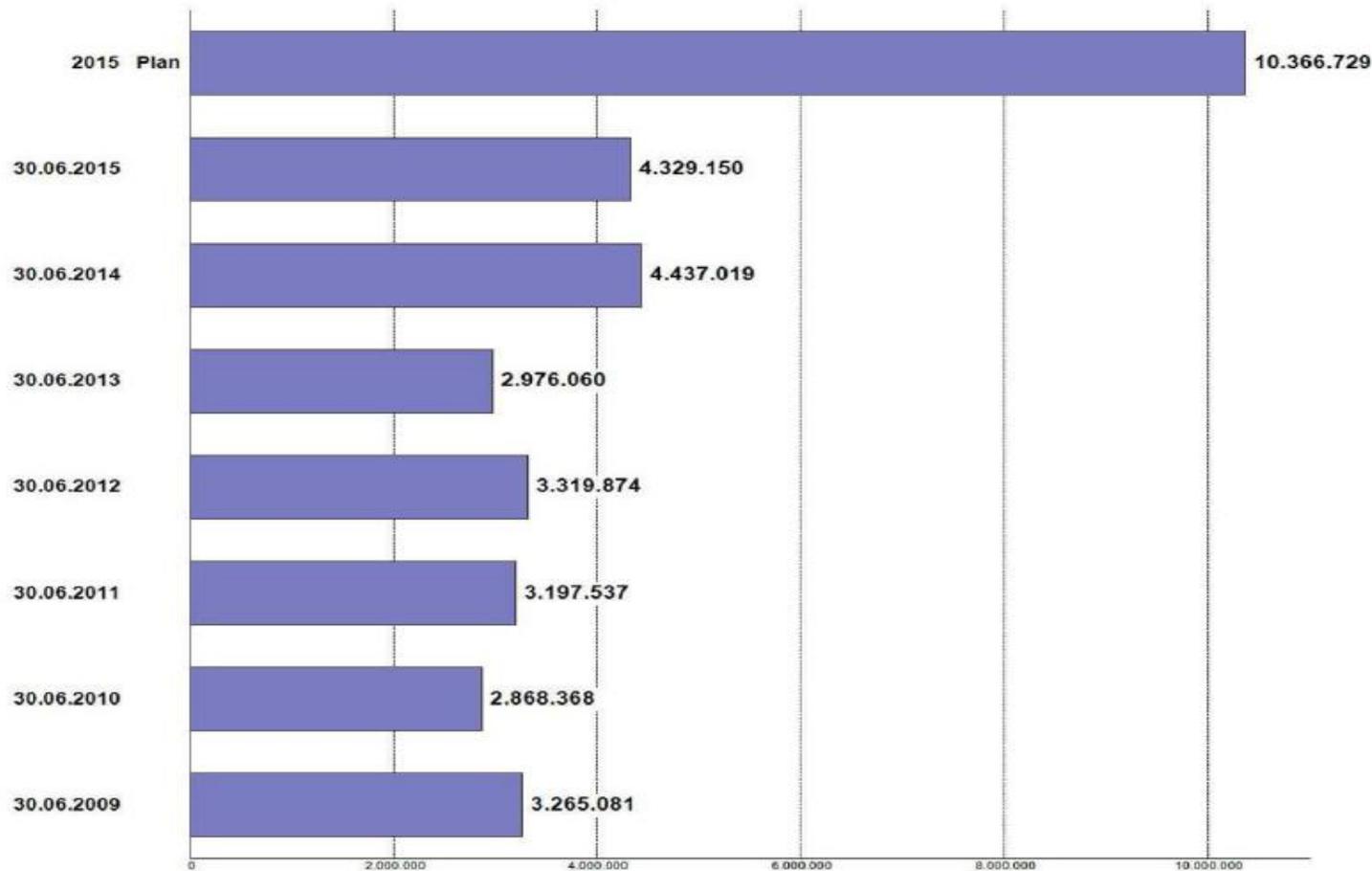
**Der Planansatz wurde
aber um 500.000 €
erhöht.**

Die Planeinhaltung wird schwierig.



Landkreis
Ebersberg

Ergebnisentwicklung Liegenschaften

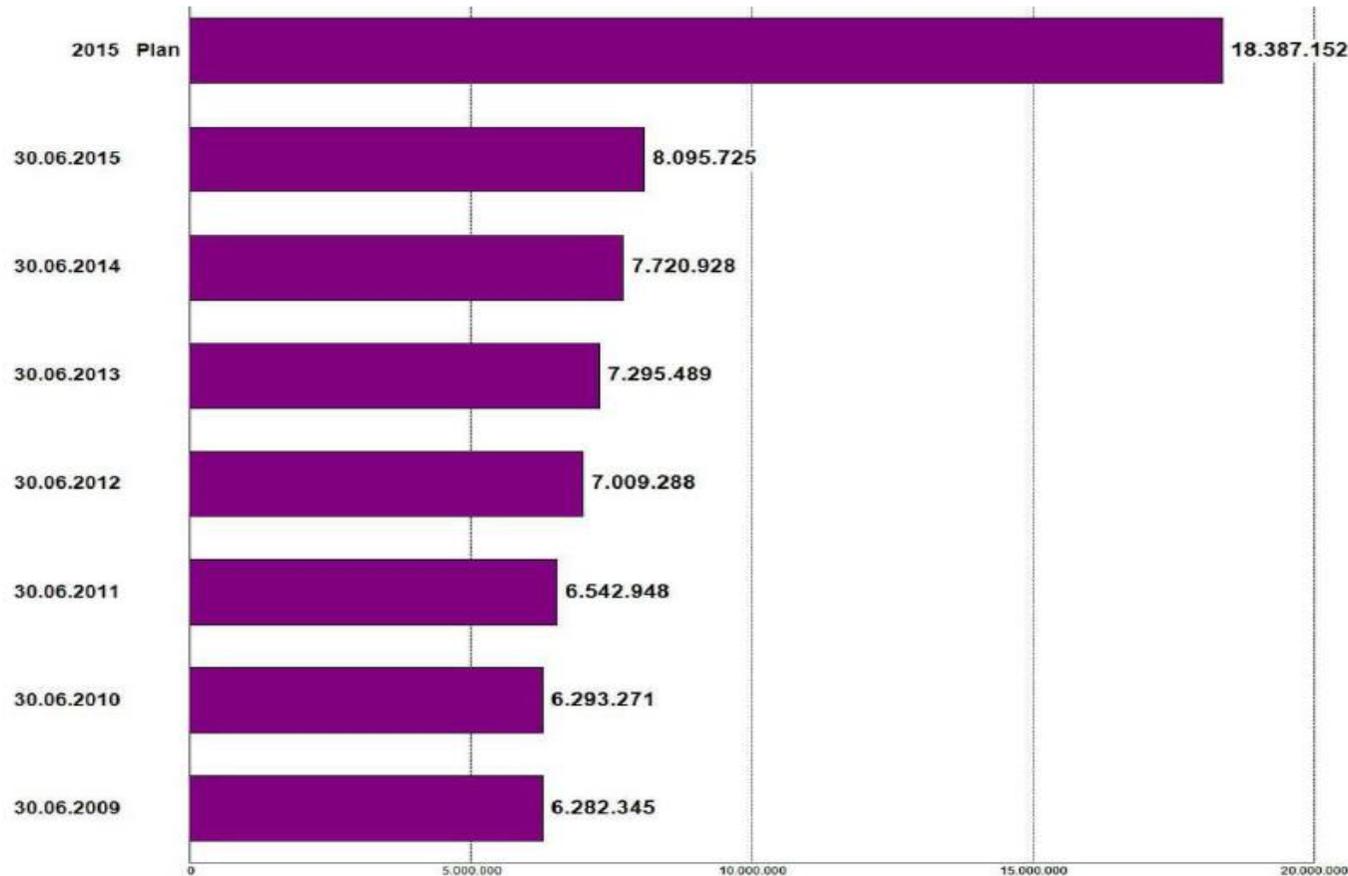


Die Mittel 2015 werden nach heutiger Kenntnis abfließen – Schwerpunkt der Maßnahmen liegt in den Sommerferien.



Landkreis
Ebersberg

Personalaufwendungen

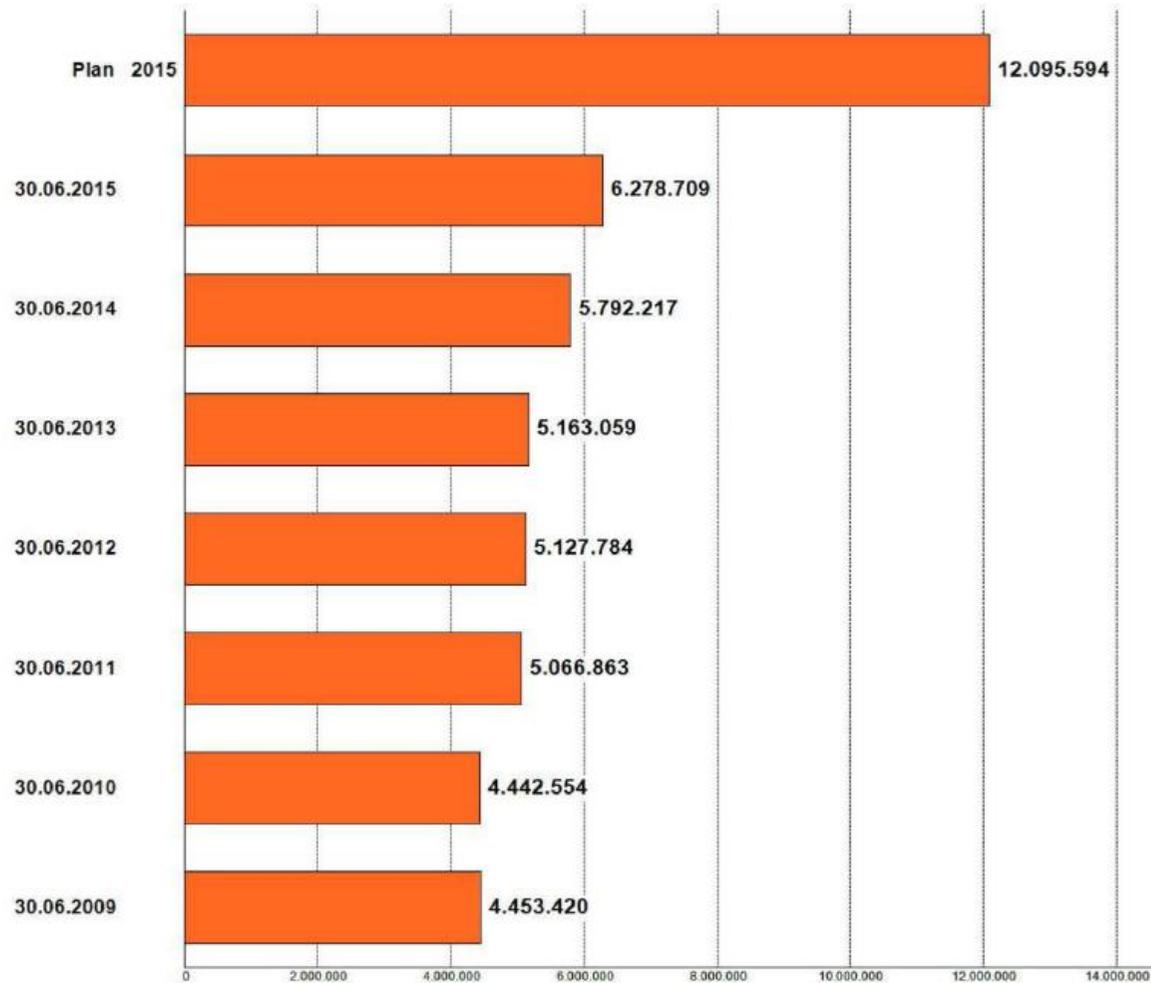


Nach der derzeitigen Hochrechnung kann der Planansatz 2015 in Höhe von knapp 18,4 Mio € eingehalten werden. Zum Stichtag liegt der Mittelabfluss um 374.797 € über dem Vorjahr.



Landkreis
Ebersberg

Jugendhilfe

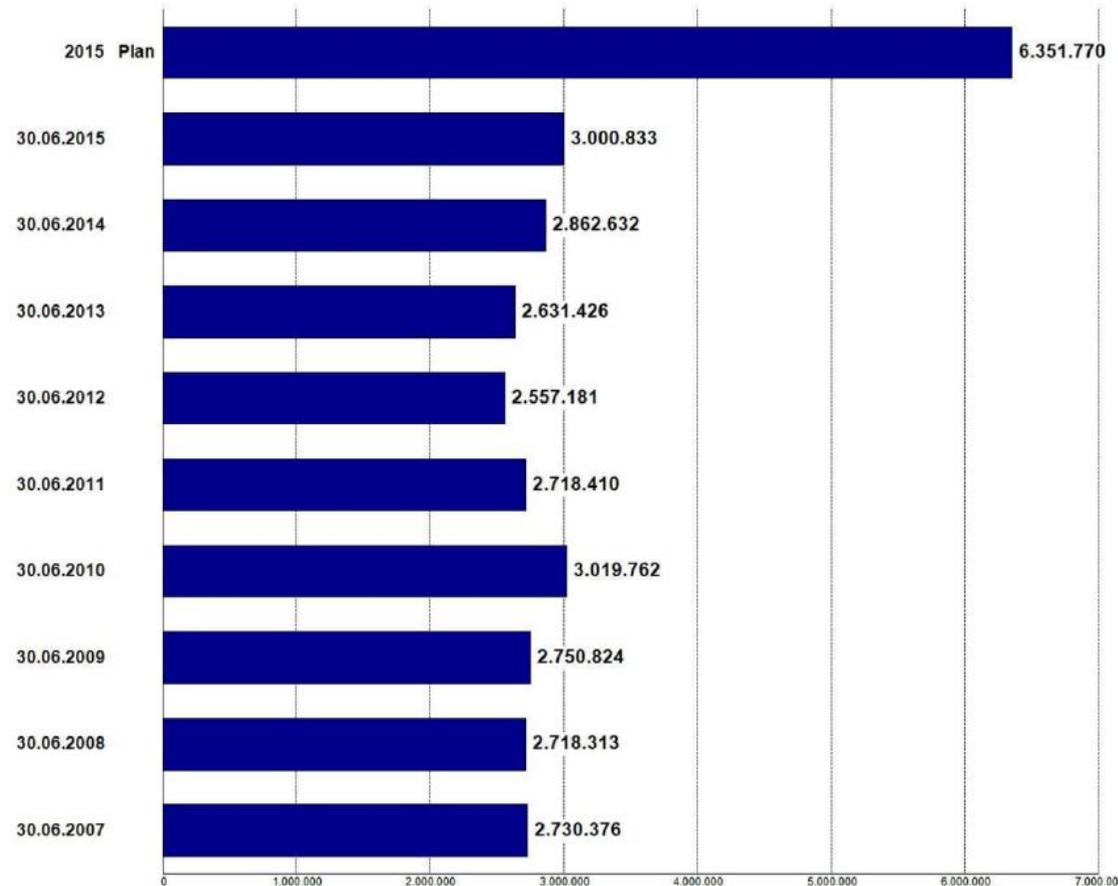


Das Teilbudget wurde gegenüber dem Vorjahr um 794.513 € erhöht. Zum Zwischenbericht wurde eine **Planüberschreitung in Höhe von 200.000 €** angekündigt.



Landkreis
Ebersberg

Unterkunftskosten Jobcenter



Die Planeinhaltung wird knapp nicht gelingen (+ 53.000 €).
Unterkunftskosten pro Bedarfsgemeinschaft steigen höher als geplant.

JahresØ 2013: 420 €

JahresØ 2014: 432 €

JahresØ 2015: 442,90 €

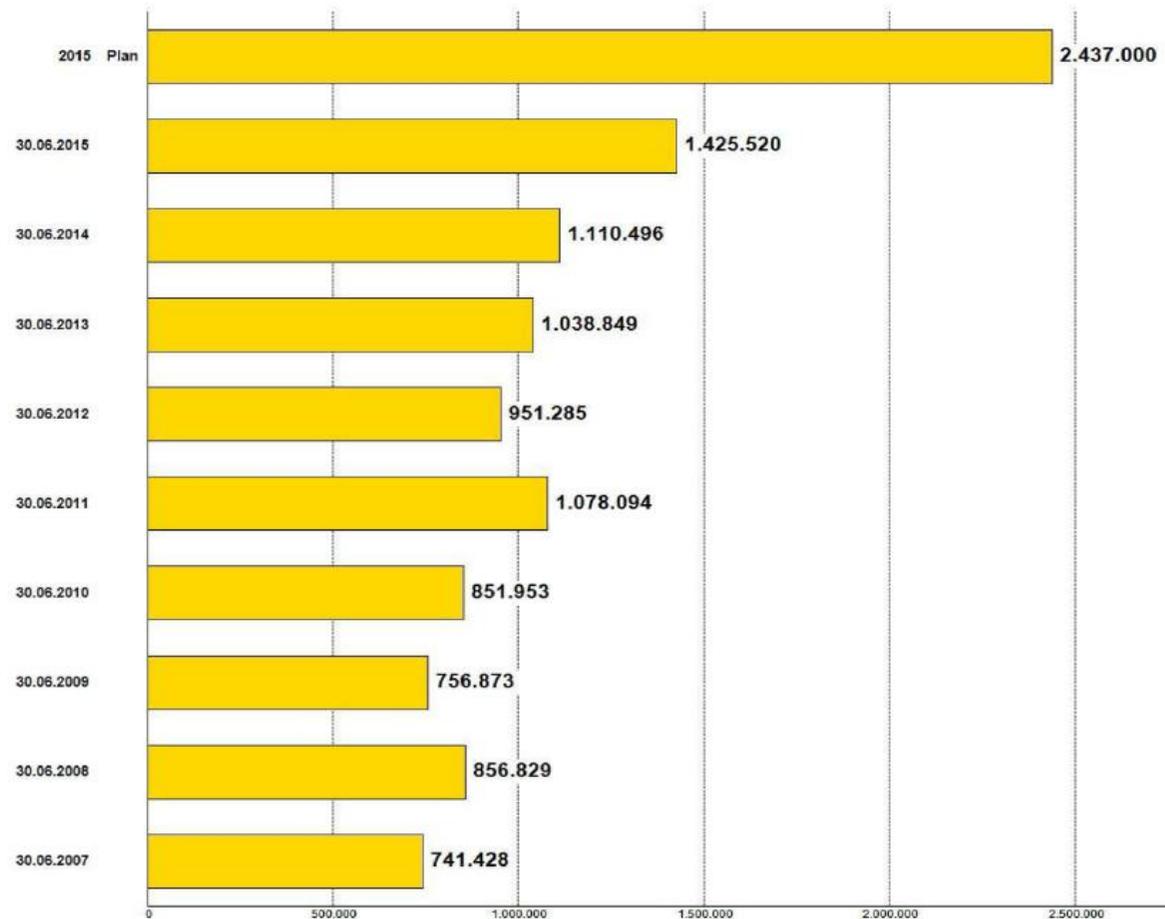


23 € / Jahr bei 1.150
BG = + 317.400 €



Landkreis
Ebersberg

Grundsicherung (Aufwendungen)



Seit 2014 werden die kompletten Kosten der Grundsicherung vom Bund übernommen.

Die Kosten der Grundsicherung werden 2015 eine Höhe von über 2,4 Mio € erreichen.



Landkreis
Ebersberg

Grundsicherung – Wegfall führt nicht zu einer Entlastung bei den Sozialausgaben des Landkreises

Die Sozialausgaben des Landkreises sind von 2012 auf 2014 um **12 % gestiegen**, von 13,2 Mio € auf über 14,8 Mio €.



Müsste der Landkreis die Grundsicherung heute noch übernehmen, wären die Sozialausgaben nochmal um über 2,4 Mio € höher.



Auswirkungen auf den Haushalt

Die Einhaltung der Planung wird prognostiziert obwohl ein Teilbudget zu überschreiten droht (JHA + 200.000 €).

Die geplanten Ergebnisüberschüsse sind realisierbar – Risiken bezüglich Asyl können aber nicht abgeschätzt werden.

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Im nächsten Jahr ist dem Kreistag wieder in dieser Form zu berichten.



Landkreis
Ebersberg

**Anlage 2 zum Protokoll;
KT 27.07.2015 TOP 6 Ö**



Landkreis Ebersberg
Finanzmanagement

Kreistag am 27.07.2015, TOP 6 Ö:

**Haushalt 2016;
Finanzrahmen für die
Fachausschüsse (Eckwerte)**

Änderungen zum Vorjahr

Bei den Beratungen des Kreis- und Strategieausschusses nahmen teil:

- **Personalservice (künftige Leiterin Frau Schwanke-Berner)**
- **Jugendamt (Abteilungsleiterin S Frau Geisler und Jugendamtsleiter Herr Salberg)**
- **Liegenschaftsamt (Abteilungsleiter Z Herr Stephan und Führungskräfte aus dem Liegenschaftsamt (Herr Jungwirth, Herr Preuss, Herr Köll))**



Landkreis
Ebersberg

Finanzleitlinie des Kreistages

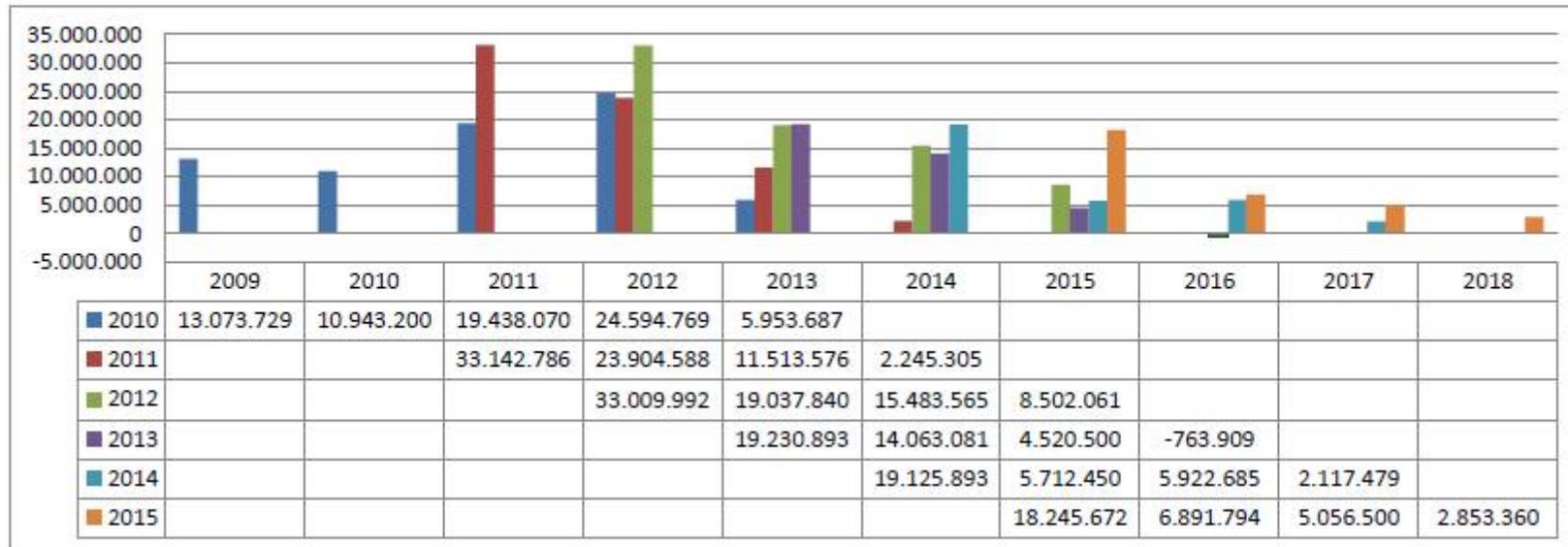
Die Finanzleitlinie des Kreistages, die von allen Parteien in einer einjährigen Zusammenarbeit in vielen Sitzungen verschiedener Gremien und Fraktionen erarbeitet und schließlich einstimmig verabschiedet wurde, setzt die folgenden 5 Eckpunkte für den Kreishaushalt:

1. Langfristiger Abbau der Verschuldung, d.h., bis 2035 beträgt die Verschuldung höchstens 20 % des Gesamtbetrags der Aufwendungen.
2. Der jährliche Ergebnisüberschuss beträgt mindestens 4 % der Verschuldung, mindestens 2 Mio €.
3. Der Schuldendienst (Zins und Tilgung) darf nicht mehr als 6,8 Mio € betragen.
4. Der Schuldenstand darf 65 % des Gesamtbetrags der jährlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts nicht überschreiten.
5. Bei Investitionen dürfen höchstens 75 % der Nettoaufwendungen über Darlehen finanziert werden.



Landkreis
Ebersberg

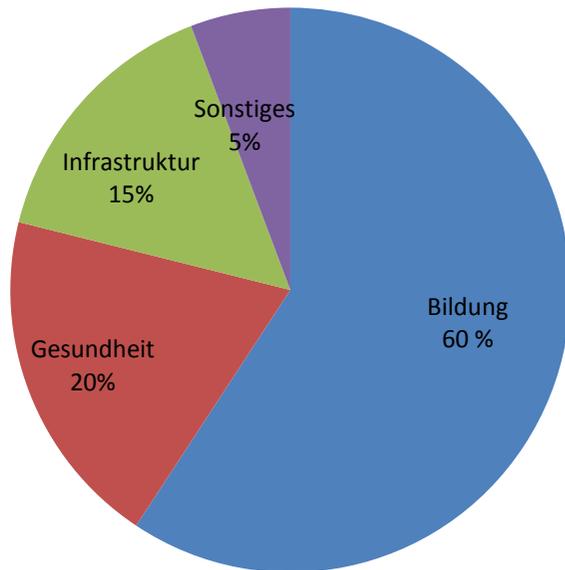
Entwicklung der Investitionen



Je weiter man – ausgehend vom Planjahr – in die Finanzplanung schaut, um so ungenauer wird die Planung. Grund: neue Investitionsprojekte, die im Planjahr nicht bekannt waren.

Z.B. wurde im Jahr 2013 der Investitionsbedarf für 2015 mit 4,5 Mio € angenommen, tatsächlich betrug er dann aber dann im Planjahr 2015 18,2 Mio €.

155 Mio € Investitionen in 10 Jahren



60 % der Investitionen für Schulen

Investitionen in den Schulen seit 2005 (Stand: 31.12.2014)

875 FOS/BOS Erding	3.443.630
Realschule Ebersberg	7.528.154
Realschule Markt Schwaben	9.140.993
Realschule Poing	22.618.305
835 Realschule Vaterstetten (ZV, Umlageanteil LK)	1.566.500
Gymnasium Grafing	4.533.198
Gymnasium Vaterstetten	14.059.183
Gymnasium Markt Schwaben	11.186.878
Gymnasium Kirchseeon	13.155.805
SFZ Grafing	2.128.867
SFZ Poing	1.580.447
Summe	90.941.959

90,9 Mio € für die kreiseigenen Schulen



Landkreis Ebersberg

Entwicklung der Verschuldung

Die planmäßige Verschuldung sollte sich – ausgehend vom Jahr 2012 auf rd. 78 Mio € erhöhen.

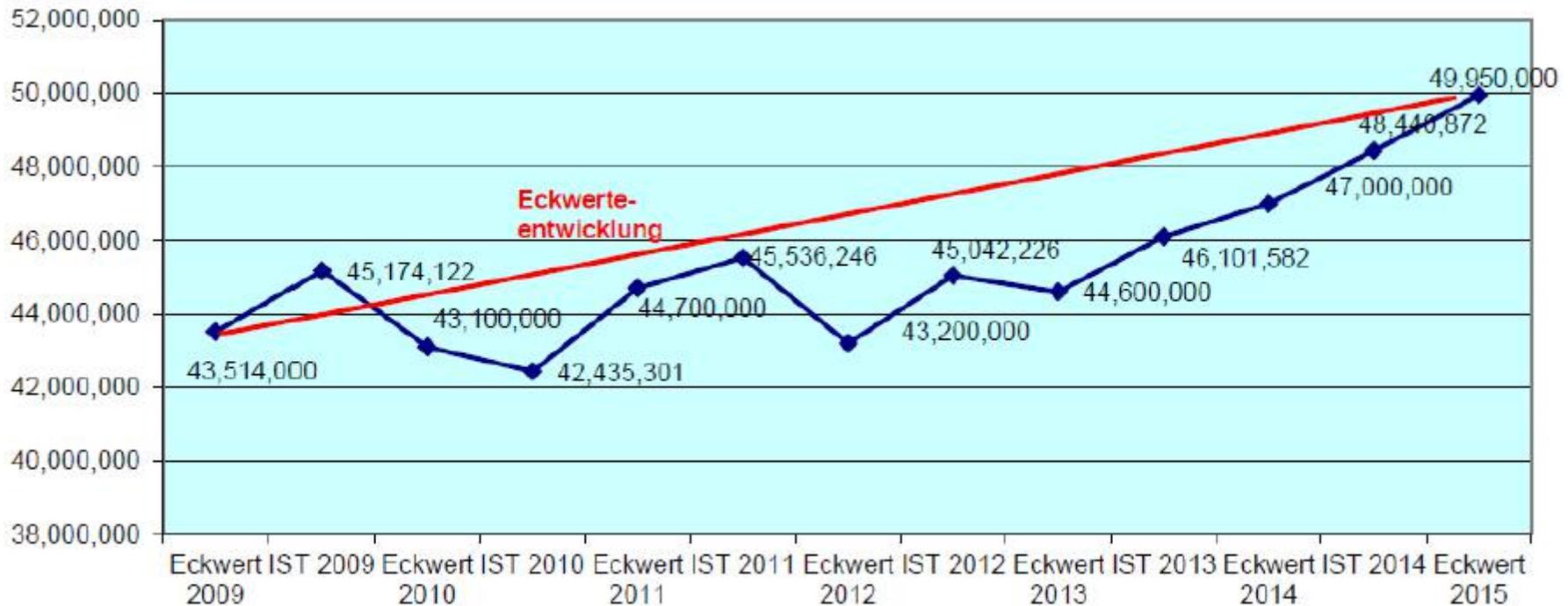
Weil 2013 aber 7 Mio € weniger Kredite aufgenommen wurden als geplant und 2014 auf eine Kreditaufnahme komplett verzichtet werden konnte, wurde die Prognose im Haushalt 2015 auf einen Höchststand der Verschuldung in Höhe von 59,5 Mio € nach unten korrigiert.

Es ist aber derzeit unwahrscheinlich, dass der Landkreis 2016 ohne Kreditaufnahmen auskommt.



Landkreis
Ebersberg

Entwicklung der Eckwerte



Die Eckwerte geben der Verwaltung eine Richtung vor und können dadurch eine „bremsenden“ Wirkung entfalten, denn die werden vor Beginn des Planungsprozesses der Verwaltung vorgegeben.

Ausblick 2016

Kreisumlage:

Vorausberechnung der Kreisumlage ergibt auf der Basis von 51,0 Punkten Kreisumlage **eine höhere Kreisumlage zwischen 4,9 Mio € und 5,7 Mio €.**

Bezirksumlage:

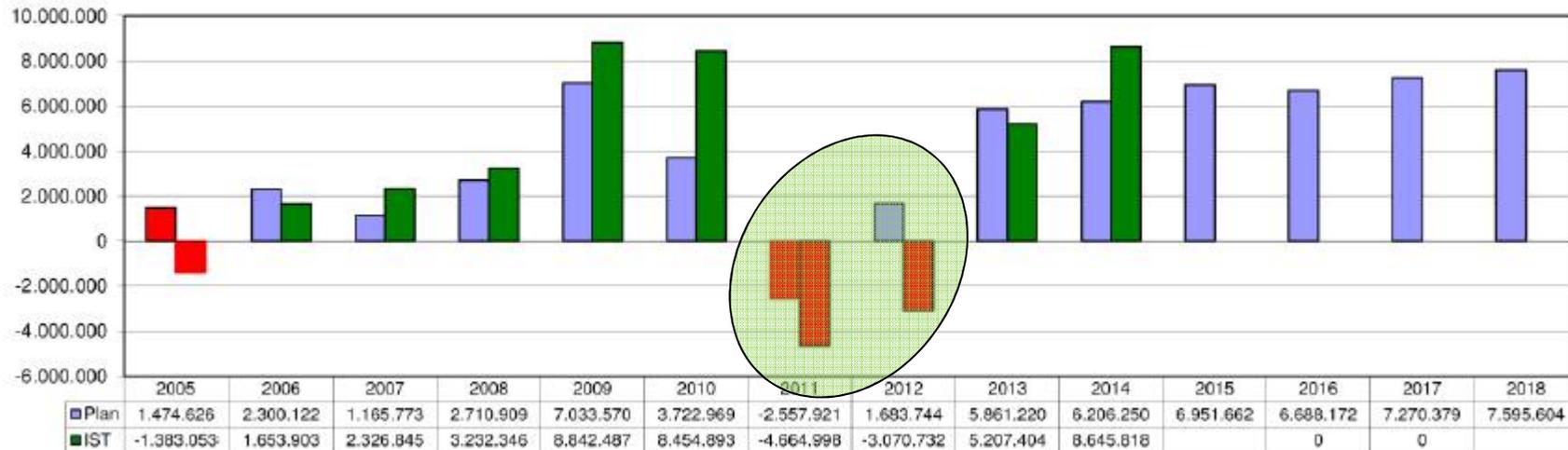
Vorausberechnung der Bezirksumlage ergibt bei unveränderter Bezirksumlage derzeit eine **Mehrbelastung von 1,9 Mio € bis 2,2 Mio €.**

Nach dem kleinen Umlagekrafteinbruch im Jahr 2015 (minus 1,04 %) wird dem Landkreis 2016 wieder **mehr Geld zur Verfügung stehen und zwar zwischen 3,0 Mio € und 3,5 Mio €**, je nach Berechnungsmethode und bereits unter Berücksichtigung der Bezirksumlage.



Landkreis
Ebersberg

Entwicklung der Ergebnisüberschüsse



Antizyklische Fiskalpolitik des Kreistages stützte die Gemeindehaushalte in der Finanzkrise 2011 und 2012.

Die Umkehr in einen positiven Kreishaushalt ist wieder gelungen, was sich nun positiv auf die Entwicklung der Verschuldung auswirkt.

Zusammenfassung: Umlagekraftveränderung 2016

Kreisumlage	zwischen 4,9 Mio € und 5,7 Mio € mehr	Je nach Steigerung der Einkommenssteuer
Bezirksumlage	1,9 Mio € bis 2,2 Mio € mehr	Auf der Basis einer unveränderten Bezirksumlage
Steuern	500.000 € weniger	Rückgang der Grunderwerbssteuer
Schlüsselzuweisungen	Anstieg	Unsicherheitsfaktor, kann derzeit noch nicht berechnet werden. Sie werden aber voraussichtlich steigen, weil der Freistaat die Schlüsselmasse erhöht

Wegen der steigenden Umlagekraft geht das Finanzmanagement davon aus, dass sich die verfügbare Finanzmasse bei unveränderter Kreisumlage und unveränderter Bezirksumlage bis zu 3 Mio € steigend entwickeln wird.

Das Hauptproblem, das der Kreishaushalt 2016 bekommt, sind – wie im Vorjahr - die ansteigenden Bedarfe in den Teilbudgets. Die Eckwerte müssen teilweise wieder deutlich angehoben werden.



Bewertung durch das Finanzmanagement

Die Finanzleitlinie des Kreistages verpflichtet den Landkreis, bei der Bemessung der Kreisumlage stets auch die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu berücksichtigen.

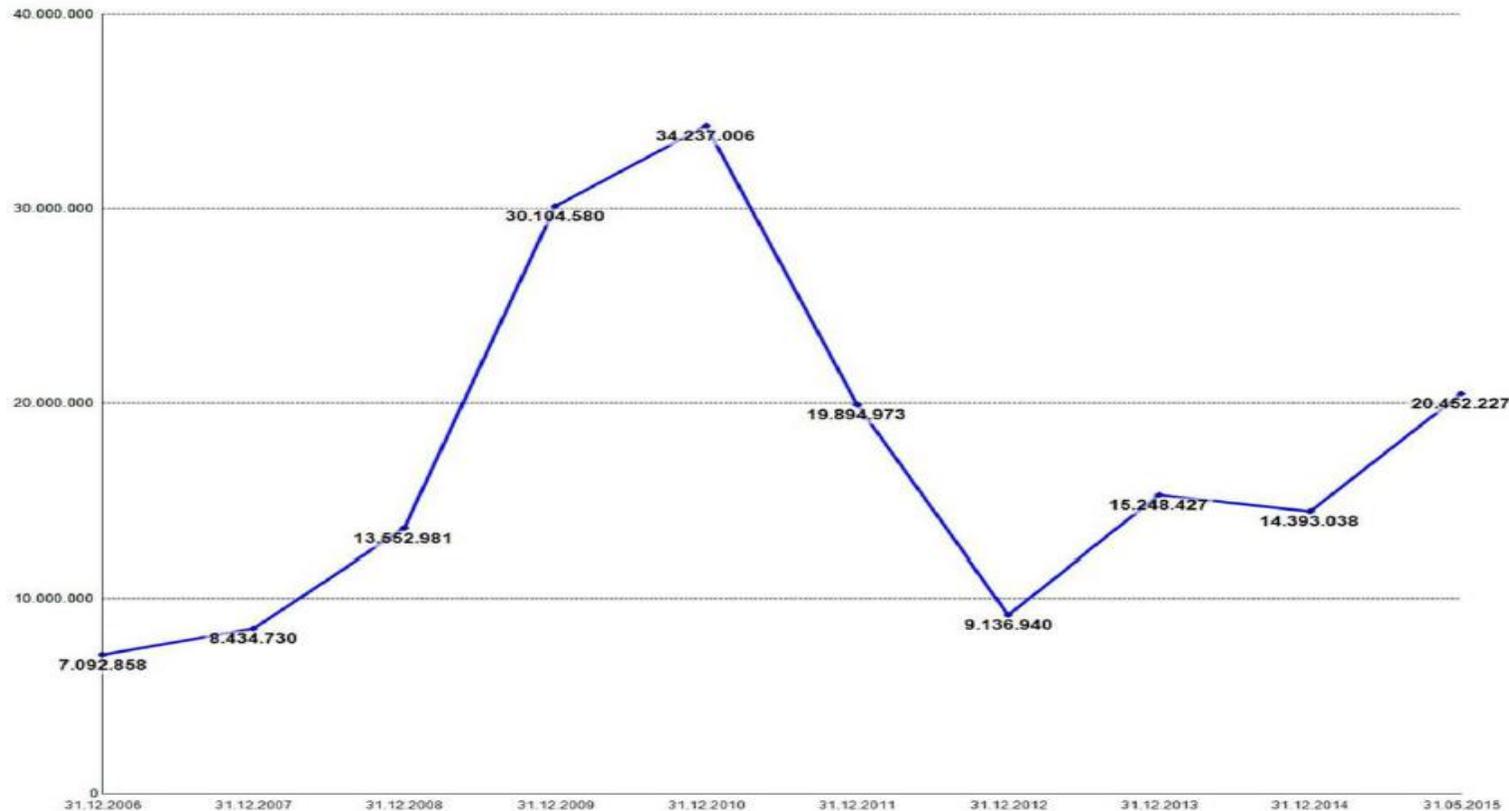
Das Problem mit der Verschuldung ist kleiner geworden. Dachte man noch vor 3 Jahren, dass sich der Kreishaushalt bis 78 Mio € verschulden wird, kann diese Prognose aus heutiger Sicht auf 59,5 Mio € gesenkt werden. Von der Kreditermächtigung dieses Jahres in Höhe von 10 Mio € wurden bereits 6 Mio € realisiert.

Das Finanzmanagement empfiehlt einen Ergebnisüberschuss in Höhe von 6 - 7 Mio € - das liegt dann auf der Höhe des Vorjahres, eröffnet aber nur im Umfang von 3 Mio € die Möglichkeit, die Teilbudgets anzuheben. Wenn diese Prämissen eingehalten werden ist eine Erhöhung der Kreisumlage nicht zu befürchten.



Landkreis
Ebersberg

Entwicklung der Liquidität



Im April 2015 musste ein Kredit über 6 Mio € aufgenommen werden. Die Liquidität zeigt sich zum 31.5.2015 vorübergehend verbessert.

Umgang mit der veränderten Umlagebasis 2016

Die nachfolgend vorgeschlagenen Eckwerte berücksichtigen die politischen Entscheidungen im Bereich von Bildung und Ehrenamt, Sozialplanung, Demografie und Energiewende.

Zu – teilweise erheblichen - Steigerungen führen auch die Personalkosten, am Stärksten im Bereich Asyl.

Einige Teilbudgets sind deshalb anzuheben.



Personalkostenentwicklung



Landkreis
Ebersberg

Personalkostenentwicklung



Diese Grafik in der SiVo weist in den Jahren 2005 – 2010 falsche Zahlen aus – dies liegt an Umstellungen des Kontenrahmens.

Steigerung der Personalkosten

Im Stellenplan 2012 und 2013 gab es insgesamt **12** Stellenmehrungen, die 10 Jahre davor keine Einzige. 2014 gab es **2** zusätzliche Stellen. Im Stellenplan 2015 gab es weitere **11** zusätzliche Stellen.

Von den 13 Stellen, die 2014/2015 neu geschaffen wurden, sind 9 für Asyl.

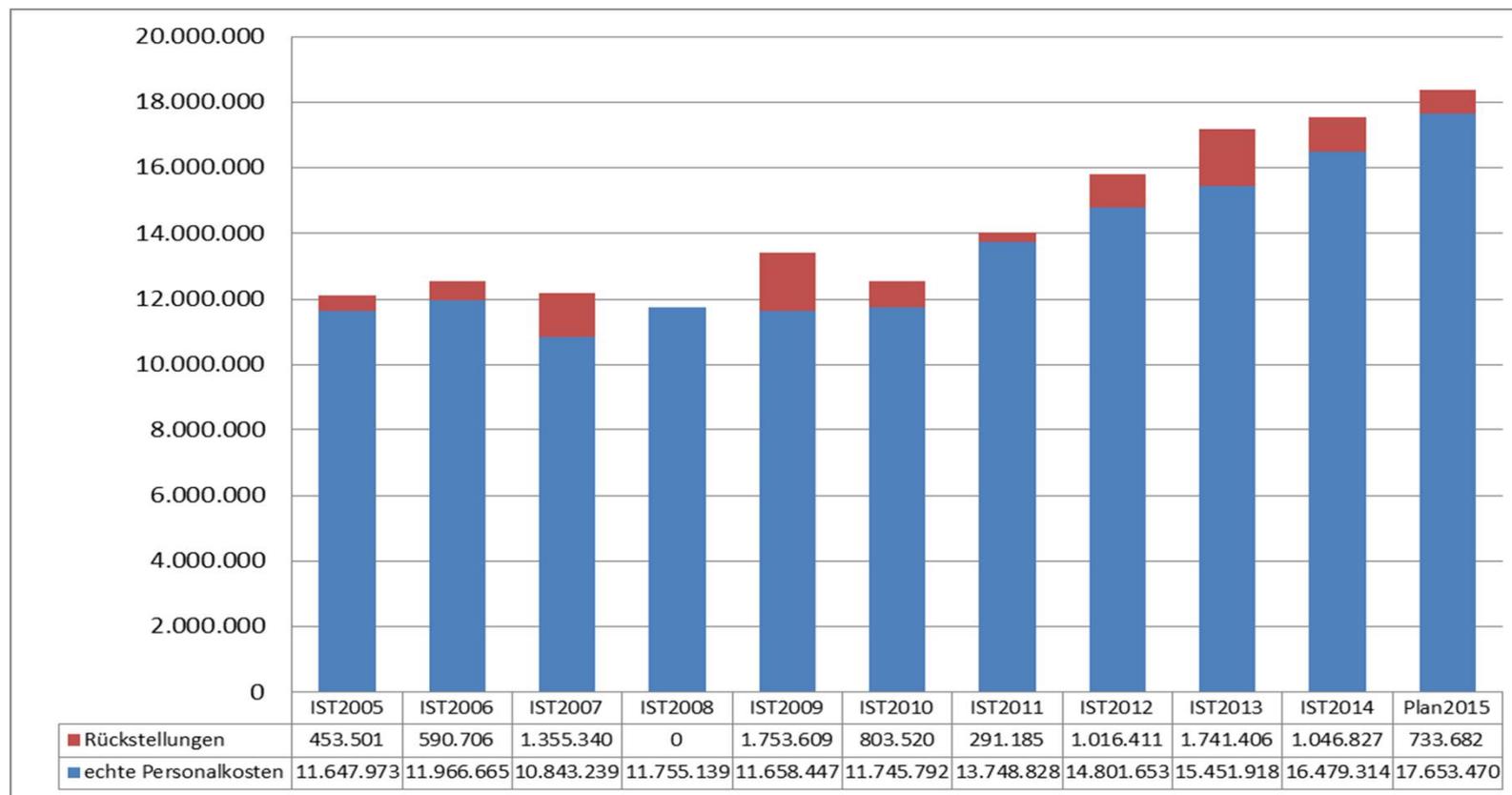
Schon jetzt ist sicher, dass der Druck auf das Personal weiter steigt. Deutliche Stellenplanerhöhungen für 2016 – vor allem für den Bereich Asyl – zeichnen sich heute schon ab.

Der aktuelle Stellenplan ist ausgereizt.



Landkreis
Ebersberg

Personalkostenentwicklung korrigiert



Die Steigerungen von 2011 bis 2015 (5 Jahre und 25 zusätzliche Stellen im Stellenplan) betragen 28 %, pro Jahr also 5,6 %.



Personalkostenentwicklung der letzten 5 Jahre

Personalaufwendungen 2011:	13.748.828 €	} + 28,4 % = 5,6 %/Jahr
Personalaufwendungen 2015:	17.653.470 €	

2015 = 25 Stellen mehr als 2011 = rd. 1.125.000 € (45.000 € / VZ-Stelle)

Hätte es diese Stellenmehrungen nicht gegeben, würde die Steigerung der Personalkosten 20,2 % betragen, das sind 4,0 % pro Jahr.

Dies ist allein mit tariflichen Steigerungen, Erhöhung von Stundenanteilen, Stufenerhöhungen und Höhergruppierungen zu begründen.



Personalkostenentwicklung der letzten 11 Jahre (seit 2005)

Personalaufwendungen 2005:	11.647.973 €	} + 51,5 % = 4,7 %/Jahr
Personalaufwendungen 2015:	17.653.470 €	

2015 = 25 Stellen mehr als 2005 = rd. 1.125.000 € (45.000 € / VZ-Stelle)

Hätte es diese Stellenmehrungen nicht gegeben, würde die Steigerung der Personalkosten 41,9 % betragen, das sind 3,8 % pro Jahr.

Diese Steigerung ist unauffällig und im normalen Bereich!

Ursache sind also allein die zusätzlich geschaffenen Stellen!



Personalkostenentwicklung

Zusammen mit den einzuplanenden Tarifsteigerung für 2016 (+ 2,5 % bei den Beschäftigten ganzjährig, + 2,3 % bei den Beamten ab 01.03.2016) ist 2016 mit einem **Anstieg der Personalkosten um 860.000 €** auf 19,2 Mio € zu rechnen.

Hierin sind „nur“ die Personalkosten für die bereits genehmigten Stellen enthalten.

Eine Planung nach Stellenplan findet nicht statt.

Die Umsetzung erfolgt innerhalb der einzelnen Eckwerte in denen die Personalkosten enthalten sind. Sie wirken sich dort steigernd aus.

Stellen, die 2016 genehmigt werden, sind „on Top“, d.h., im Eckwert nicht berücksichtigt!



Landkreis
Ebersberg

Die 5 Teilbudgets



Landkreis
Ebersberg

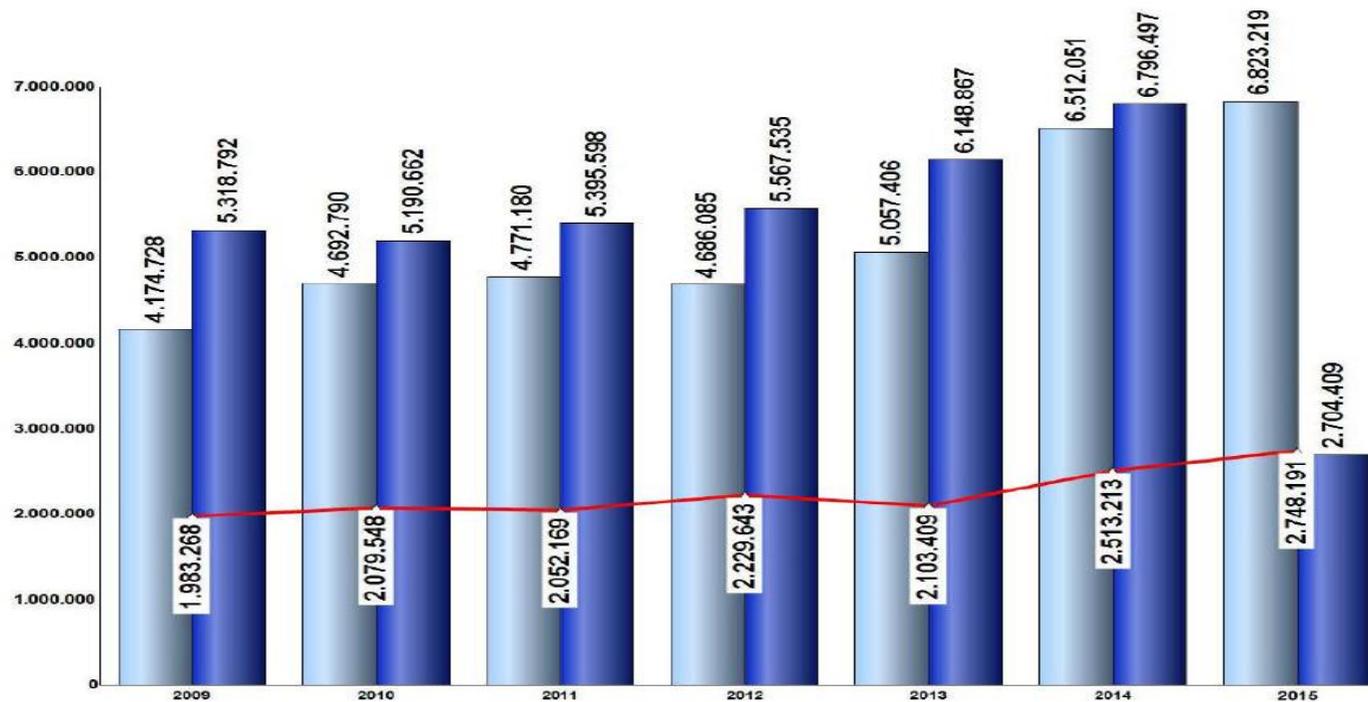
Übersicht über alle Vorschläge:

	Plan 2015	Eckwerte 2015	Eckwertevorschlag 2016	Steigerung % zum Plan 15
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	6.823.219	6.650.000	7.000.000	+ 2,6 %
Jugendhilfeausschuss	12.095.594	12.200.000	12.700.000	+ 5,0 %
SFB-Ausschuss	16.128.215	15.200.000	16.900.000	+ 4,8 %
ULV-Ausschuss	4.761.166	4.700.000	4.900.000	+ 2,9 %
LSV-Ausschuss	11.199.661	11.200.000	11.700.000	+ 4,5 %
Summe	51.016.855	49.950.000	53.200.000	+ 4,3 %

Alle Vorschläge der Verwaltung zusammen ergeben eine Erhöhung der Eckwerte gegenüber der Planung 2015 um 2,18 Mio € = 4,3 %.

Die Erhöhung im Vorjahr betrug 6,3 %.

1. Kreis- und Strategieausschuss



	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	48.79%	129.64%	-29.64%
2009	47.51%	127.40%	-27.41%
2010	44.31%	110.61%	-10.61%
2011	43.01%	113.09%	-13.09%
2012	47.58%	118.81%	-18.81%
2013	41.59%	121.58%	-21.58%
2014	38.59%	104.39%	-4.39%
2015	40.28%		

Plan 2015 liegt nur um 26.722 € über dem IST 2014.



Landkreis
Ebersberg

Eckwertevorschlag KSA

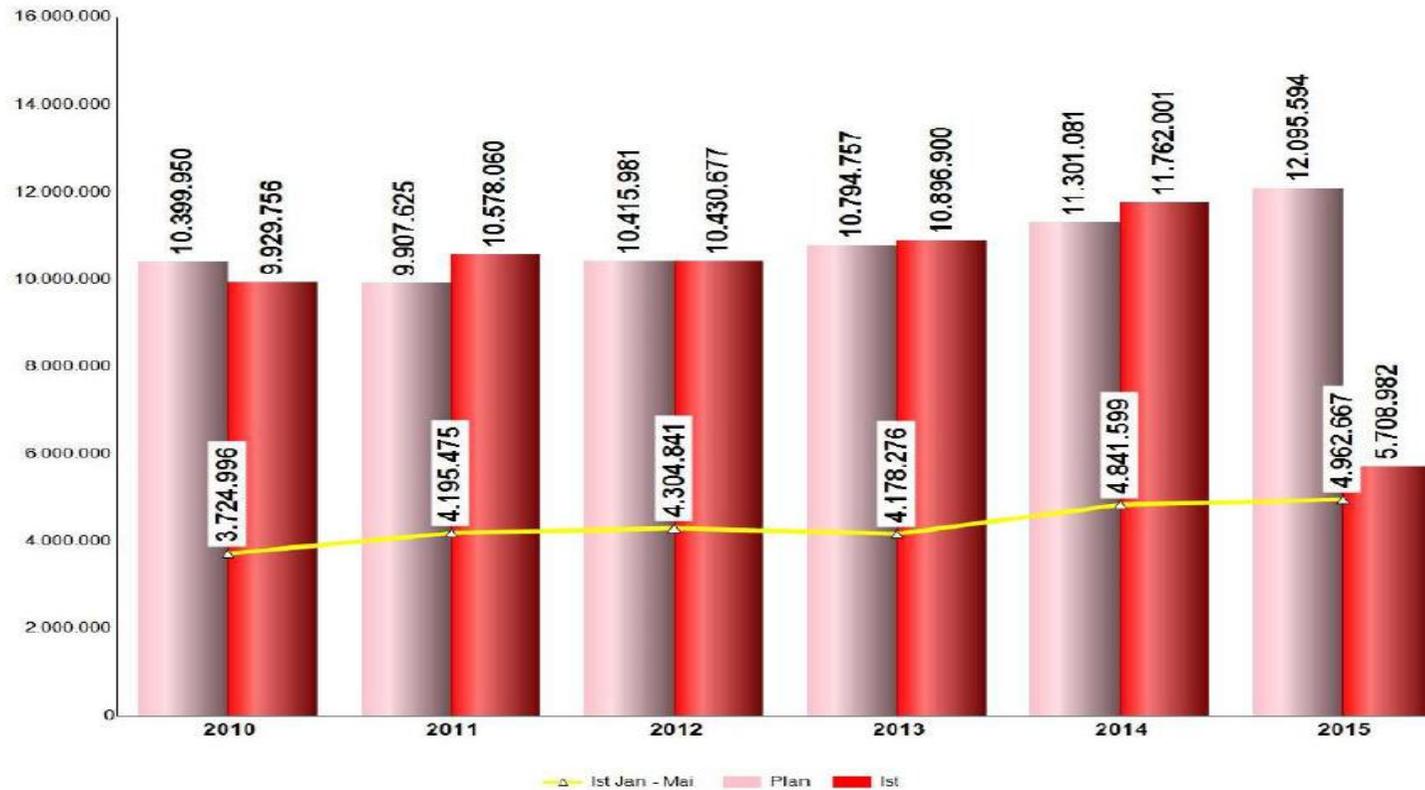
	Plan 2015	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ Controlling	Abweichung zum Plan 2015
KSA	6.823.219	Alle Bereiche gehen von einem leichtem Anstieg wg. Personalkosten aus, steigende Bedarfe im Bereich Energiewende, genaue Analyse liegt noch nicht vor	7.000.000	+ 176.781

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2015 um 176.781 € zu **erhöhen, das sind 2,6 %**.

Dies allein schon wegen der Personallastigkeit dieses Teilbudgets, in dem über 70 % der Kosten Personalkosten sind.

2015 kann die Budgeteinhaltung gelingen.

2. Jugendhilfeausschuss



	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	42.77%	104.20%	-4.20%
2009	37.12%	97.74%	2.26%
2010	35.82%	95.48%	4.52%
2011	42.35%	106.77%	-6.77%
2012	41.33%	100.14%	-0.14%
2013	38.71%	100.95%	-0.95%
2014	42.84%	104.08%	-4.08%
2015	41.03%		

Plan 2015 liegt um 333.593 € über dem IST 2014.



Landkreis
Ebersberg

27.07.2015

Entwicklung Jugendhilfe

Dem Jugendhilfeausschuss wurde im Zwischenbericht dargestellt, dass das Budget 2015 **um 200.000 € überschritten** wird.

Die Entwicklungen dieses Budgets wurde dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 25.06.2015 vorgestellt. Der Eckwert ist um 600.000 € anzuheben. Ursächlich sind steigende Produktkosten (+ 200.000 €), steigende Personalkosten (+ 300.000 €), Ausbau der Sozialarbeit an Schulen sowie Handlungsfelder aus der Bildungsregion (+ 100.000 €).

Anmerkung: Die vom Gesetzgeber definierten Rahmenbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe führen dazu, dass ein immer höherer Anteil des Kreishaushalts für dieses Teilbudget bereitgestellt werden muss.

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen muss ein weiteres Ansteigen der Jugendhilfeaufwendungen als **sicher** angenommen werden.

Steuerungsmöglichkeiten sind über die Aufgabe von freiwilligen Leistungen gegeben.



Landkreis
Ebersberg

Eckwertevorschlag JHA

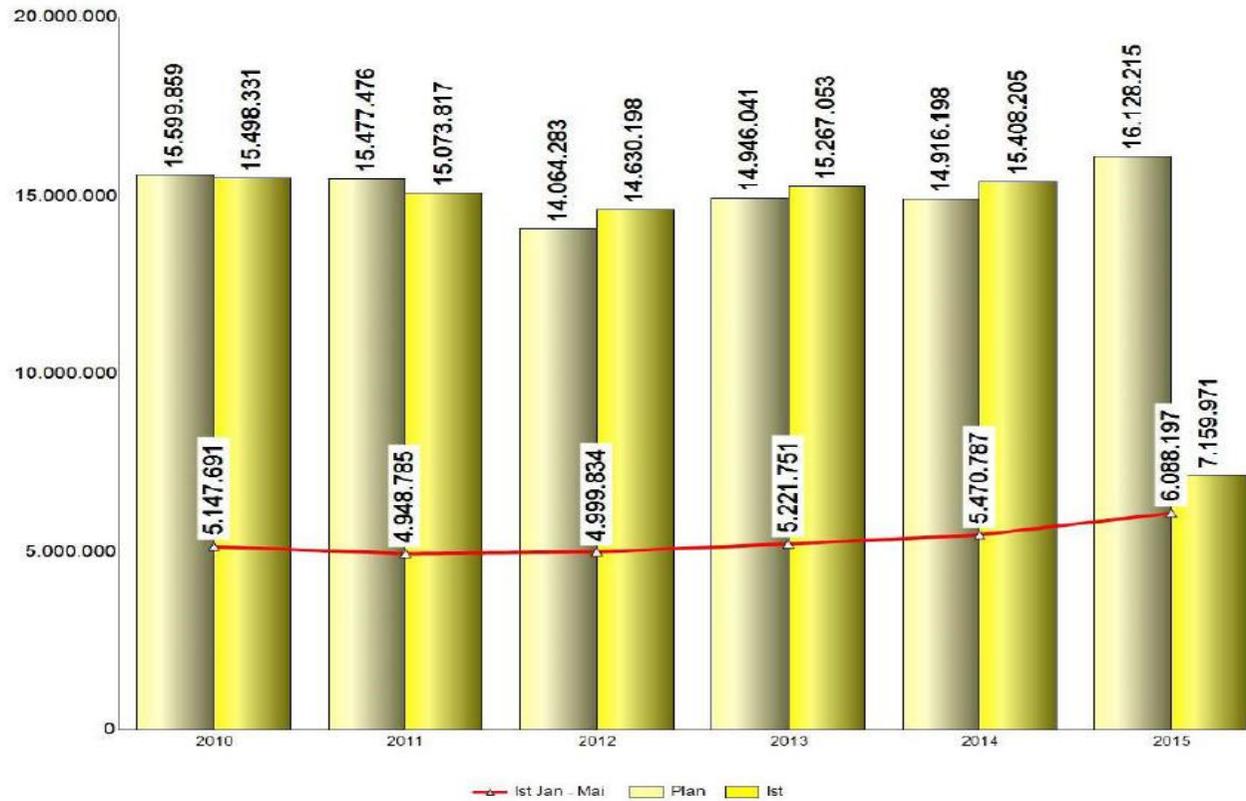
	Plan 2015	Eckwertevorschlag Jugendamt 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ Controlling 2016	Abweichung zum Plan 2015
JHA	12.095.594	12.700.000	12.700.000	+ 604.406

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2015 um 600.000 € zu **erhöhen, das sind 5,0 %**. Im Vorjahr betrug die Steigerung 7,95 %.

Darin ist auch die erwartete Überschreitung des Teilbudgets 2015 in Höhe von 200.000 € berücksichtigt.



3. SFB-Ausschuss



	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	29.54%	90.03%	9.98%
2009	30.55%	103.11%	-3.11%
2010	33.00%	99.35%	0.65%
2011	31.97%	97.39%	2.61%
2012	35.55%	104.02%	-4.02%
2013	34.94%	102.15%	-2.15%
2014	36.68%	103.30%	-3.30%
2015	37.75%		

Plan 2015 liegt um 720.010 € über dem IST 2014.



Veränderungen im Teilbudget

Die Personalkosten werden steigen.

Vor allem im Bereich Asyl (im Stellenplan 2015 + 9 Stellen), aber auch im Ausländeramt.

2014 wurde die Kostenstelle 203 (Soziale Fachstellen) bei der Fachabteilung S Soziales eingerichtet. Dort wurden die Kostenträger 2020 (Gleichstellungsbeauftragte), 2030 (Familienbeauftragte), 2040 (Bildungsregion), 2050 (Sozial- und Jugendhilfeplanung), 2060 (Inklusion), 2070 (Ehrenamt), 2080 (Seniorenbeauftragte) und 2090 (Integrationsbeauftragte) eingerichtet.

Teilweise waren die Stellen 2015 nicht besetzt bzw. wurden 2015 neu geschaffen. Die Personalkosten werden sich 2016 auf das Teilbudget auswirken.



Jobcenter

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften



	KDU pro BG	Veränd. zum Vorjahr in %
2006	343,95 €	
2007	350,21 €	1,8%
2008	359,43 €	2,6%
2009	370,35 €	3,0%
2010	375,55 €	1,4%
2011	393,74 €	4,8%
2012	397,86 €	1,0%
2013	419,89 €	5,5%
2014	430,01 €	2,4%
01-05/2015	424,60 €	-1,3%

Wegen sinkender Eingliederungsmittel des Bundes steigen die Fallzahlen leicht an – sie liegen um 10 Fälle über dem Plankorridor (1.160 statt 1.150).

Die durchschnittlichen Unterkunftskosten wurden mit 442,90 € kalkuliert. Obwohl wir derzeit etwas günstiger liegen, bleibt die Plangröße unverändert.

Die KdU 2015 wird prognostiziert um **53.000 € über** der Planung liegen.



Landkreis
Ebersberg

Entwicklung der KdU

2016 wird die Planzahl für die Bedarfsgemeinschaften neuerlich erhöht auf durchschnittlich 1.220 BG`s. Dies ist realistisch, birgt aber vor dem Hintergrund der anerkannten Asylbewerber, die künftig Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben werden, Risiken. Ausgehend von Kosten pro Bedarfsgemeinschaft in Höhe von 450 €/Monat ergibt sich für 2016 ein Bedarf, der **um 423.000 € über der Planung** liegt.

Eventuelle Auswirkungen in Hinblick auf die Anpassung der Mietpreisobergrenzen sind hierbei unberücksichtigt. Falls dies berücksichtigt werden soll, sollte der Eckwert nach Einschätzung des Finanzmanagements **um weitere 500.000 € angehoben werden (entspricht 34 € pro Bedarfsgemeinschaft und ist eine grobe Schätzung).**



Nötige Aktivitäten bei den Leistungen nach dem SGB II

Anrechenbares Einkommen sollte gleichmäßig auf die Träger Bund und Landkreis verteilt werden und nicht – wie heute – zunächst ausschließlich die Leistungen des Bundes entlasten und erst nachrangig die des Landkreises.

Die Wirkung ist, dass die Schwere der Kostenbelastungen immer weiter zu Ungunsten der Landkreise aufgeht.



Landkreis
Ebersberg

Thema: Eingliederungsmittel - PDI

Ebersberg ist unter allen Jobcentern Deutschlands stets eines mit dem niedrigsten Eingliederungsbudget. Die Auswirkungen sind seit 2014 spürbar, denn der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften ist insbesondere auf fehlende Mittel für Eingliederungsmaßnahmen zurückzuführen.

2015 stehen nur noch 320.000 € für operative Maßnahmen zur Verfügung, vor 2 Jahren waren es noch über 1 Mio €.

Es ist schade, dass gerade dort wo Arbeit ist, die Mittel fehlen um Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Eine Veränderung des PDI ist von der Politik mehrfach aufgegriffen. Es ist zu hoffen, dass Verbesserungen eintreten zu Gunsten der Regionen in der Arbeit vorhanden ist.



Landkreis
Ebersberg

Thema: Asyl

Die Kosten werden im Kreishaushalt seit 2015 auf einer eigenen Kostenstelle transparent gemacht.

In welcher Höhe tatsächlich Aufwendungen beim Landkreis „hängen bleiben“, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Sicherlich werden es aber im Bereich der Personalkosten mehrere 100.000 € sein.

Auch im Ausländeramt werden die Personalkosten wegen dieser Thematik steigen.

Ein **Mehrbedarf gegenüber der Planung in Höhe von **300.000 €** ist anzunehmen.**



Landkreis
Ebersberg

Thema: Bundesteilhabegesetz

Vorbemerkung:

Eingliederungshilfe für Behinderte erfolgt weitgehend ohne Rückgriff – deshalb ist sie keine Sozialhilfe, denn sie folgt NICHT dem Nachrangprinzip – **damit ist eine Zuständigkeit der Kommunen NICHT gegeben und der BUND muss finanzieren, so wie er das auch bei der Grundsicherung im Alter erkannt und umgesetzt hat!**



Landkreis
Ebersberg

Thema: Bundesteilhabegesetz

Die Arbeitslosigkeit ist niedrig wie nie - 100.000 Menschen mehr in Beschäftigung entlasten den Staat um 2,1 Mrd. €. Gleichzeitig sind die Steuereinnahmen hoch wie nie.

2015 werden die Kommunen vom Bund mit 1 Mrd. € entlastet. Im Landkreis Ebersberg bedeutet das nach den aktuellen Berechnungen, dass der Landkreis mit 188.870 € (+ 3,7 % bei der KdU) beim Jobcenter entlastet wird (was zu einer Abmilderung der Kostensteigerung führt, nicht zu einer Einsparung).

Die Gemeinden werden durch die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer um 462.717 € entlastet, erhalten also den Löwenanteil der Entlastung durch den Bund.



Landkreis
Ebersberg

Thema: Bundesteilhabegesetz

Der Bezirk, der die Aufwendungen der Eingliederungshilfe in vollem Umfang trägt, wird nicht entlastet.

In der Folge werden dort die Kosten steigen. Dieser Mehrbedarf wird von den Landkreisen über die Bezirksumlage zu finanzieren sein.

Bei Beibehaltung dieser „Entlastungsstruktur“ müssen die Gemeinden diese Entlastung über höhere Kreisumlagen an den Landkreis abführen und dieser wiederum an den Bezirk über höhere Bezirksumlagen.

Falls sich diese Finanzierungsstrukturen in den Folgejahren ab 2016 nicht zu Gunsten der Bezirke in Bayern ändern, **sind Erhöhungen der Bezirksumlage vorprogrammiert!**



Landkreis
Ebersberg

Thema: Bildung und Teilhabe

Zum Bereich Bildung und Teilhabe wurde eine Analyse der Aufwandsstruktur vorgenommen. Von 2013 auf 2014 haben sich die Leistungskosten von 150.000 € auf 155.000 € erhöht. Die Personalkosten sind von 99.000 € auf 110.000 € gestiegen.

Das heißt der Personaleinsatz hat sich im Verhältnis zu den Leistungskosten weiter erhöht.

Hier besteht dringend politischer Handlungsbedarf – ist es wirklich gerechtfertigt, für so wenig Leistung so hohe Personalaufwendungen einzusetzen?



Zusammenfassung der Veränderungen

Für 2016 sind folgende Veränderungen im Eckwert zu berücksichtigen:

Mehrbedarf Jobcenter 423.000 € (bzw. 923.000 € falls Veränderungen bei den Mietpreisobergrenzen einkalkuliert werden sollen)

Mehrbedarf Gastschüler 55.000 € (ohne Abrechnungsproblematik)

Mehrbedarf Asyl 300.000 € (vom Freistaat Bayern nicht erstattete Personalkosten im Bereich Sozialamt und Ausländeramt)

Mehrbedarf Zweckverband wird sich nach derzeitigem Stand nicht in signifikantem Umfang ergeben, die Baumaßnahme wird sich in den Investitionen zeigen.

Steigerungen bei den Schulen wird es geben, sie werden sich aber nicht signifikant auf den Eckwert auswirken.



Landkreis
Ebersberg

Eckwertevorschlag SFB

	Plan 2015	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement /Controlling 2016	Abweichung zum Planansatz 2015
SFB	16.128.215	16.900.000 zuzüglich allg. kleinere Steigerungen sowie Personalkostensteigerungen aus allen Fachbereichen	16.900.000	+ 771.785 €

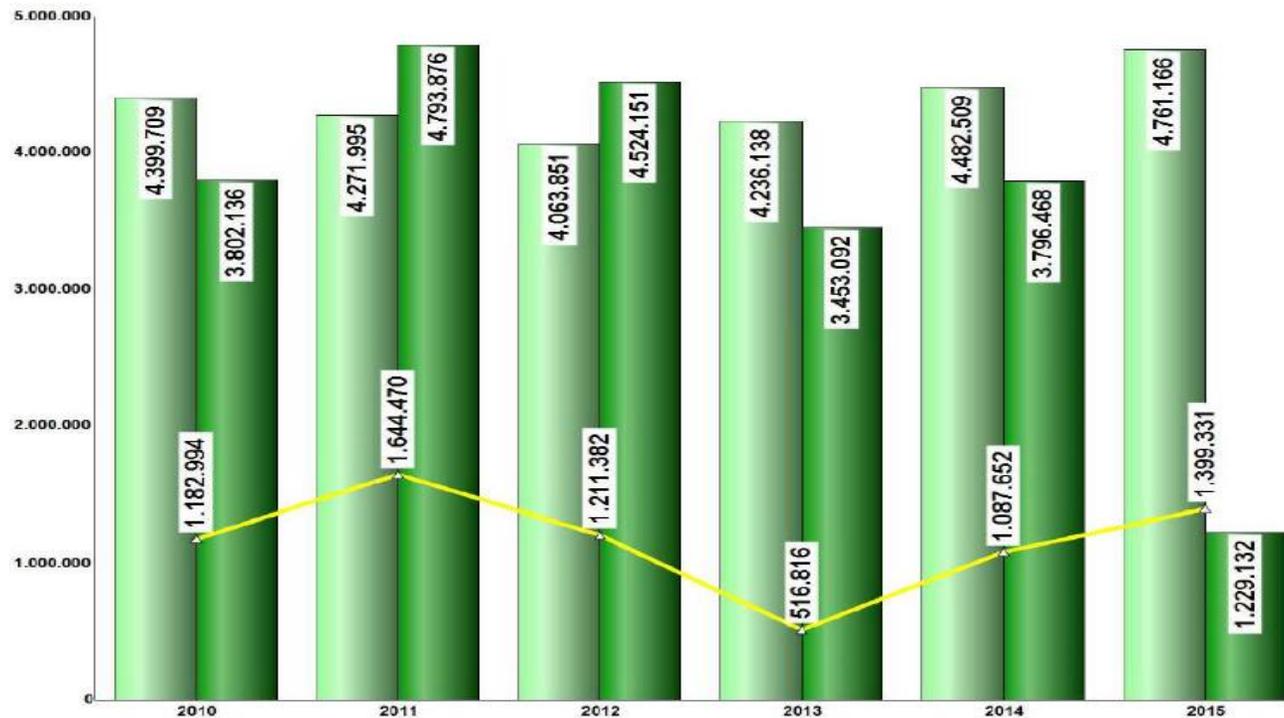
Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2015 um 771.785 € zu **erhöhen, das sind 4,8 %**.

2015 rechnen die Fachbereiche mit einer Überschreitung des Planansatzes in Höhe von 110.000 €, lt. Prognose des Finanzmanagements kann die Planeinhaltung gelingen (Risiko: Asyl).

Weitere Risiken, die sich insb. bei den Gastschulbeiträgen ergeben können, sind in diesem Vorschlag nicht berücksichtigt.



4. ULV-Ausschuss



	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	19.69%	92.59%	7.41%
2009	29.04%	84.11%	15.89%
2010	26.89%	86.42%	13.58%
2011	38.49%	112.22%	-12.22%
2012	29.81%	111.33%	-11.33%
2013	12.20%	81.52%	18.49%
2014	24.26%	84.70%	15.30%
2015	29.39%		

Plan 2015 liegt um 964.698 € über dem IST 2014.

Große Einzelfälle waren ursächlich für das sehr gute Ergebnis 2014.



Landkreis Ebersberg

27.07.2015

Veränderungen / Risiken im Teilbudget

Der ÖPNV und die Schülerbeförderung sind abhängig von den Entscheidungen des ULV-Ausschusses zur Fahrplangestaltung im nächsten Jahr. Diese Diskussionen finden am 23.07.2015 statt. Im Bereich des ÖPNV zeichnet sich ein **Mehrbedarf von 70.000 €** ab. Die Schülerbeförderung kann nach derzeitiger Kenntnislage stabil gehalten werden.

Im Bereich der Kreisstraßen wird es 2016 zu einer Steigerung kommen (können), denn die Umsetzung der Straßenzustandserfassung wird zu Erhöhungen der Straßenunterhaltungsaufwendungen führen. Ob diese in der Ergebnisrechnung verbucht werden müssen oder investiv dargestellt werden können, kann derzeit nicht beurteilt werden. Es wird vorsorglich ein **Mehrbedarf in Höhe von 70.000 €** angenommen (gemäß Vorschlag des Sachgebiets).



Eckwertevorschlag ULV

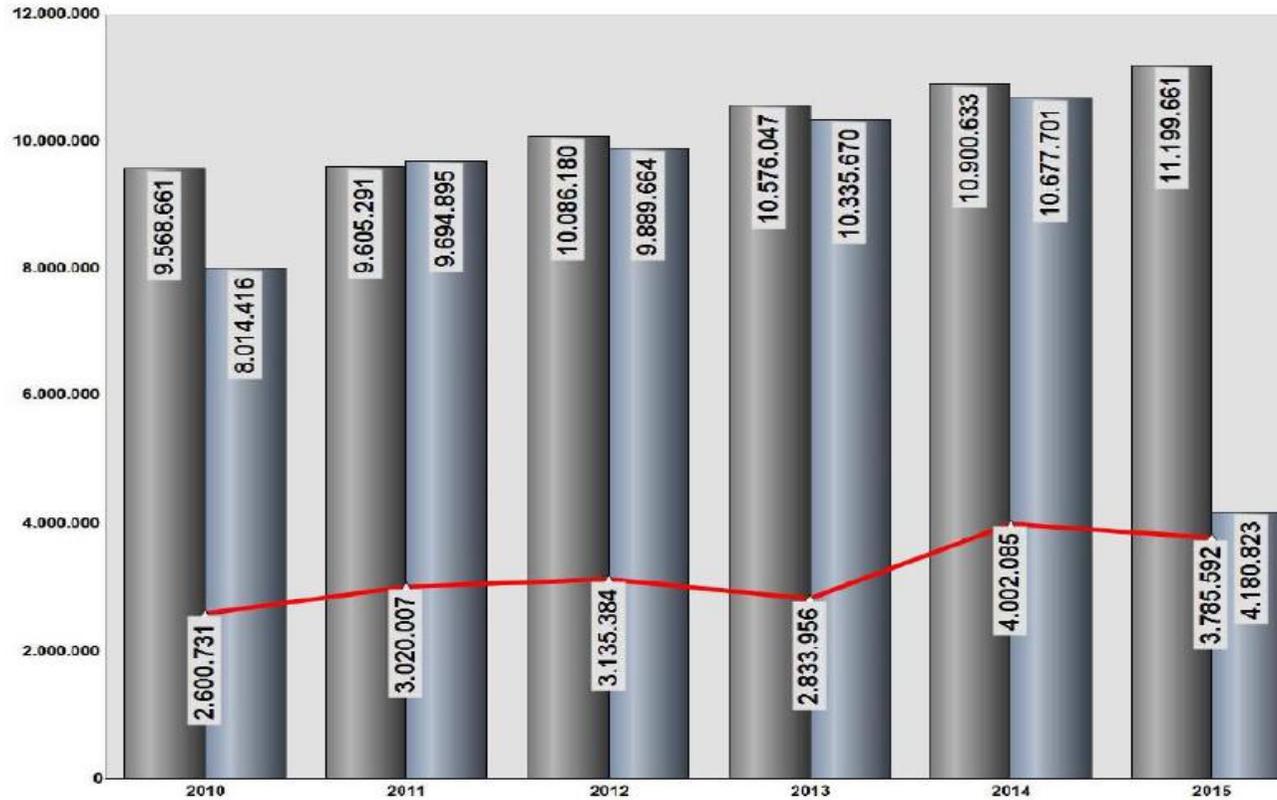
	Plan 2015	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ Controlling 2016	Abweichung zum Plan 2015
ULV	4.761.166	5.000.000 (dargestellt Erhöhungen zuzüglich pauschal beantragte Erhöhungen)	4.900.000	+ 138.834

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2015 um 138.834 € zu **erhöhen, das sind 2,9 %**.

2015 wird mit einer **Unterschreitung** des Planansatzes in Höhe von **100.000 €** gerechnet.



5. LSV-Ausschuss

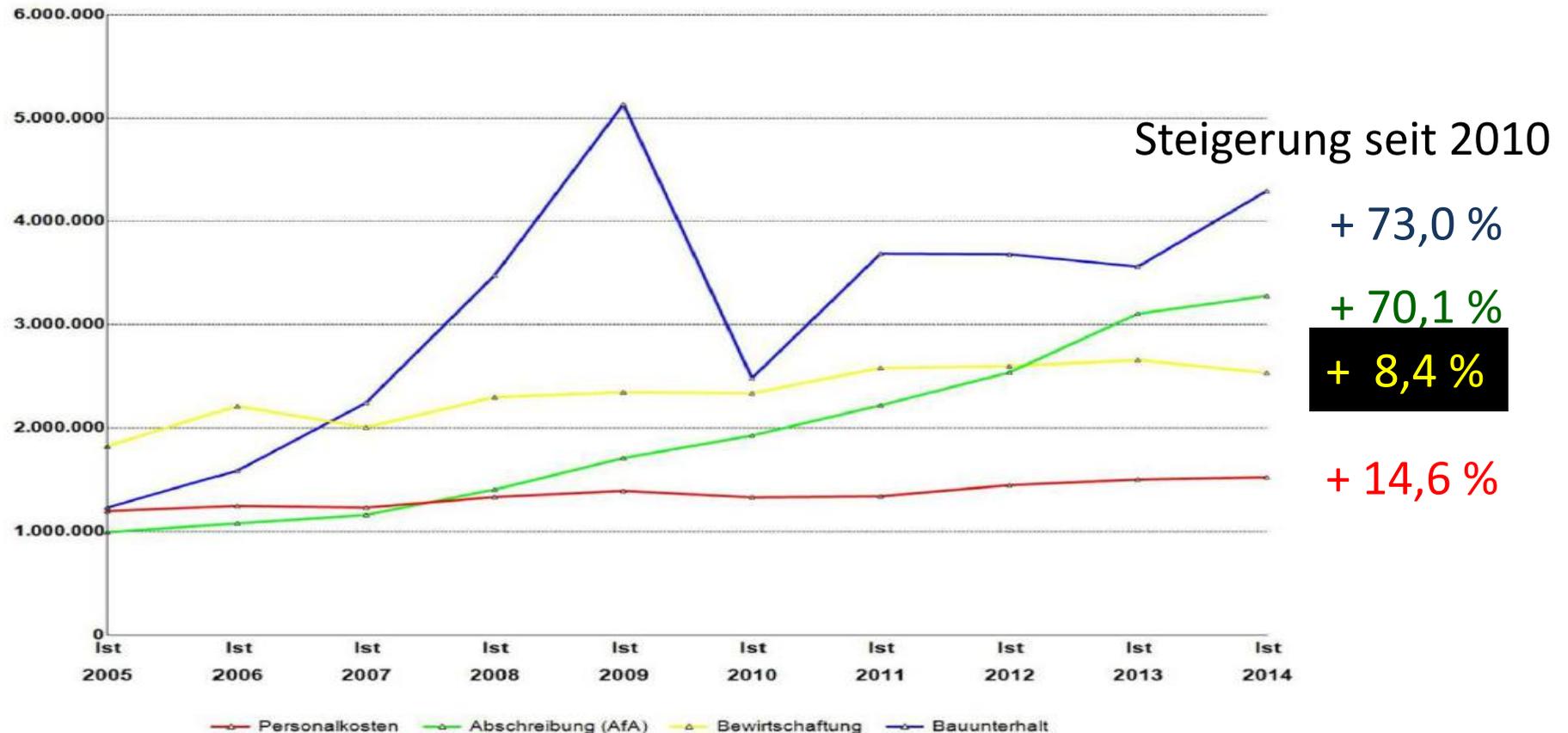


	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	25.37%	92.57%	7.43%
2009	21.40%	103.13%	-3.13%
2010	27.18%	83.76%	16.24%
2011	31.44%	100.93%	-0.93%
2012	31.09%	98.05%	1.95%
2013	26.80%	97.73%	2.27%
2014	36.71%	97.95%	2.05%
2015	33.80%		

Plan 2015 liegt um 551.960 € über dem IST 2014.



Aufwandsentwicklung seit 2005



Der Bauunterhalt stieg seit 2010 stärker als die Abschreibung – ein Indiz dafür, dass der Werteverzehr in den Gebäudeunterhalt reinvestiert wird.



Landkreis
Ebersberg

Veränderungen 2015 und Bedarf 2016

Ausführungen in der Sitzungsvorlage ab Seite 21.

Aus der Sicht der Liegenschaftsamtes soll der Eckwert auf 12.400.000 € angehoben werden. Das würde eine Erhöhung gegenüber der Planung 2015 um 1,2 Mio € bedeuten.

Das Finanzmanagement hält diese Anforderung für zu hoch angesichts der Mehrbedarfe der anderen Teilbudgets. Eine detaillierte Planung wird erst zur Haushaltsplanung im Herbst erarbeitet – schlimmstenfalls können im Bauunterhalt weniger Maßnahmen durchgeführt werden oder der Ausschuss entscheidet sich über den Eckwert hinaus zu planen.

Die heute schon sichtbaren Mehraufwendungen in Höhe von 483.000 € sollten aus der Sicht des Finanzmanagements im Eckwert berücksichtigt werden.



Landkreis
Ebersberg

Eckwertevorschlag LSV

	Plan 2015	Eckwertevorschlag Sachgebiet 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement /Controlling 2016	Abweichung zum Plan 2015
LSV	11.199.661	12.400.000	11.700.000	+ 500.339

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2015 um 500.339 € zu **erhöhen, das sind 4,5 %**.

Das Liegenschaftsamt schlägt einen Eckwert in Höhe von 12.400.000 € vor, also um 700.000 € mehr.



Zusammenfassung

	Plan 2015	Eckwerte 2015	Eckwertevorschlag 2016	Steigerung % zum Plan 15
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	6.823.219	6.650.000	7.000.000	+ 2,6 %
Jugendhilfeausschuss	12.095.594	12.200.000	12.700.000	+ 5,0 %
SFB-Ausschuss	16.128.215	15.200.000	16.900.000	+ 4,8 %
ULV-Ausschuss	4.761.166	4.700.000	4.900.000	+ 2,9 %
LSV-Ausschuss	11.199.661	11.200.000	11.700.000	+ 4,5 %
Summe	51.016.855	49.950.000	53.200.000	+ 4,3 %

Der Eckwertevorschlag liegt um 3,25 Mio € (+ 6,6 %) über den Eckwerten 2015 und um 2,1 Mio € über der Planung 2015 (+ 4,3 %).



Bewertung für den Haushalt 2016

Diese 2,1 Mio € Steigerung gegenüber der Planung 2015 haben derzeit eine Finanzierung aus der Umlagekraft und würden den Kreishaushalt insgesamt sogar stärken.

Die Einhaltung der Finanzleitlinie wäre gesichert.

Es ist zu erwarten, dass im Jahr 2016 die Steuerungsmöglichkeiten des Landkreises durch steigende Sozialausgaben weiter eingeschränkt werden. Auch die Steigerung der Personalkosten in Höhe von 860.000 € wirkt sich signifikant auf die Teilbudgets aus.

Eine Erhöhung der Kreisumlage ist – angesichts sprudelnder Steuereinnahmen, aber auch nur deswegen - nicht zu befürchten.



Landkreis
Ebersberg

Beratungen im KSA am 13.7.2015

SiVo Seite 23

Die Teilbudgets enthalten keine Risikoansätze.

**Anhebung der Mietpreisobergrenzen ist nicht berücksichtigt
(Risiko im Bereich von 0,5 Mio oder darüber)**

**Liegenschaftsamt weist auf Mehrkosten durch Umsetzung
Leitlinien Bau hin**

**Bildungsregion kostet zusätzlich Geld (100.000 € im Bereich des
Jugendamtes enthalten).**



Landkreis
Ebersberg

Beratungen im KSA am 13.7.2015

Die Steigerung über alle Eckwerte in Höhe von 4,3 % wurde im KSA als zu hoch empfunden.

Die CSU-FDP-Fraktion stellte den Antrag, die Steigerung auf 2,5 % zu begrenzen. Dies solle nicht mit Rasenmäher für die einzelnen Teilbudgets gelten, sondern für die Summe der Teilbudgets.

Die Steigerung, die von der Verwaltung mit 2.183.145 € (+ 4,3 %) gegenüber der Planung 2015 vorgeschlagen wurde, soll auf 1.275.421 € (+ 2,5 %) begrenzt werden.

Die Summe der Eckwerte würde damit nicht 53,2 Mio € sondern 52.292.276 € betragen.



Beschlussvorschlag

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Für die Haushaltsberatungen 2016 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:

	Plan 2015	Eckwert 2016
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	6.823.219	7.000.000
Jugendhilfeausschuss	12.095.594	12.700.000
SFB-Ausschuss	16.128.215	16.900.000
ULV-Ausschuss	4.761.166	4.900.000
LSV-Ausschuss	11.199.661	11.700.000
Summe	51.016.855	53.200.000

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 53.200.000 €. In der Summe steigt die zur Verfügung gestellte Finanzmasse gegenüber der Planung 2015 um 2.183.145 € (+ 4,3 %).

Die Steigerung zur Planung des Vorjahres (Summe aller Teilbudgets) soll auf max. 2,5 % begrenzt werden.

Die Fachausschüsse werden aufgefordert, bei der Haushaltsplanung 2016 diese Eckwerte einzuhalten.



**Anlage 3 zum Protokoll;
KT 27.07.2015 TOP 7 Ö**



Landkreis Ebersberg

Kreistag am 23.07.2015, TOP 7:

**Beteiligungsmanagement;
Jahresabschluss 2013 der Kreisklinik
gGmbH – Entlastung des Aufsichtsrats**

Jahresabschluss 2013 der Klinik

Aus Wettbewerbsgründen wird der Jahresabschluss der Kreisklinik gGmbH in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Behandlungsreihenfolge:

- **Aufsichtsrat der KK gGmbH am 30.6.2014**
- **Kreis- und Strategieausschuss am 6.10.2014**
- **Kreistag am 20.10.2014 mit dem Auftrag an den Landrat, entsprechende Beschlüsse für den Gesellschafter (= Kreistag) in der Gesellschafterversammlung zu erwirken.**
- **Vorberatung der Entlastung des Aufsichtsrats im KSA am 6.8.2015 TOP 7**



Entlastung des Aufsichtsrats

Der BKPV wies im Rahmen seines Beratungsmandats bezüglich der Erstellung einer Beteiligungsrichtlinie das Beteiligungsmanagement darauf hin, dass der Aufsichtsrat der Kreisklinik grundsätzlich Anspruch auf Entlastung in angemessenen Zeitabständen nach der Rechnungslegung, in der Regel also jährlich, hat.

Es wurde empfohlen, eine solche Entlastung des Aufsichtsrats durch die Gesellschafterversammlung herbeizuführen.

In der Vergangenheit wurde eine solche Entlastung nicht vorgenommen.



Formale Anforderungen

Bei dem Ermächtigungsbeschluss des Kreistags für den Gesellschafter dürfen weder der Landrat, noch die in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder wegen persönlicher Beteiligung mitstimmen (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

Die Beschlussfassung des KSA am 8.6.2015 erfolgte einstimmig. Landrat und Aufsichtsräte nahmen an der Abstimmung nicht teil.



Beschlussvorschlag

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:

Dem Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2013 die Entlastung erteilt.



**Anlage 4 zum Protokoll;
KT 27.07.2015 TOP 10 Ö**



Landratsamt Ebersberg
Fachbereich Soziales, Bildung

Projektbericht

Kreistag 27. Juli 2015



Landratsamt Ebersberg

Audit Beruf und Familie

Audit berufundfamilie

Landratsamt Ebersberg als familienfreundlicher Betrieb ausgezeichnet.



 **LANDKREIS
EBERSBERG**

Zielvereinbarung mit verschiedenen Maßnahmen bis 2018

Einklang zwischen strategischen Zielen (Aufgabenerfüllung, Bürgerfreundlichkeit, Arbeitgeberattraktivität) und Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Mitarbeiter

z.B.

- Prüfung der Teilzeitmodelle
- Unterstützung bei Pflegeaufgaben
- Aufbau einer Notfallbetreuung
- Aufbau von Randzeitenbetreuung



**Landratsamt
Ebersberg**



Landratsamt Ebersberg

Bildungsregion

Bildungsregion

Auszeichnung mit Qualitätssiegel „Bildungsregion in Bayern“ am 30. Juni 2015 im Rahmen einer Schulgala

Nach 1,5-jähriger Vorbereitungszeit wurde dem Landkreis am 30. Juni 2015 das Qualitätssiegel „Bildungsregion in Bayern“ von Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle im Rahmen einer Schulgala in der Stadthalle Grafing überreicht:



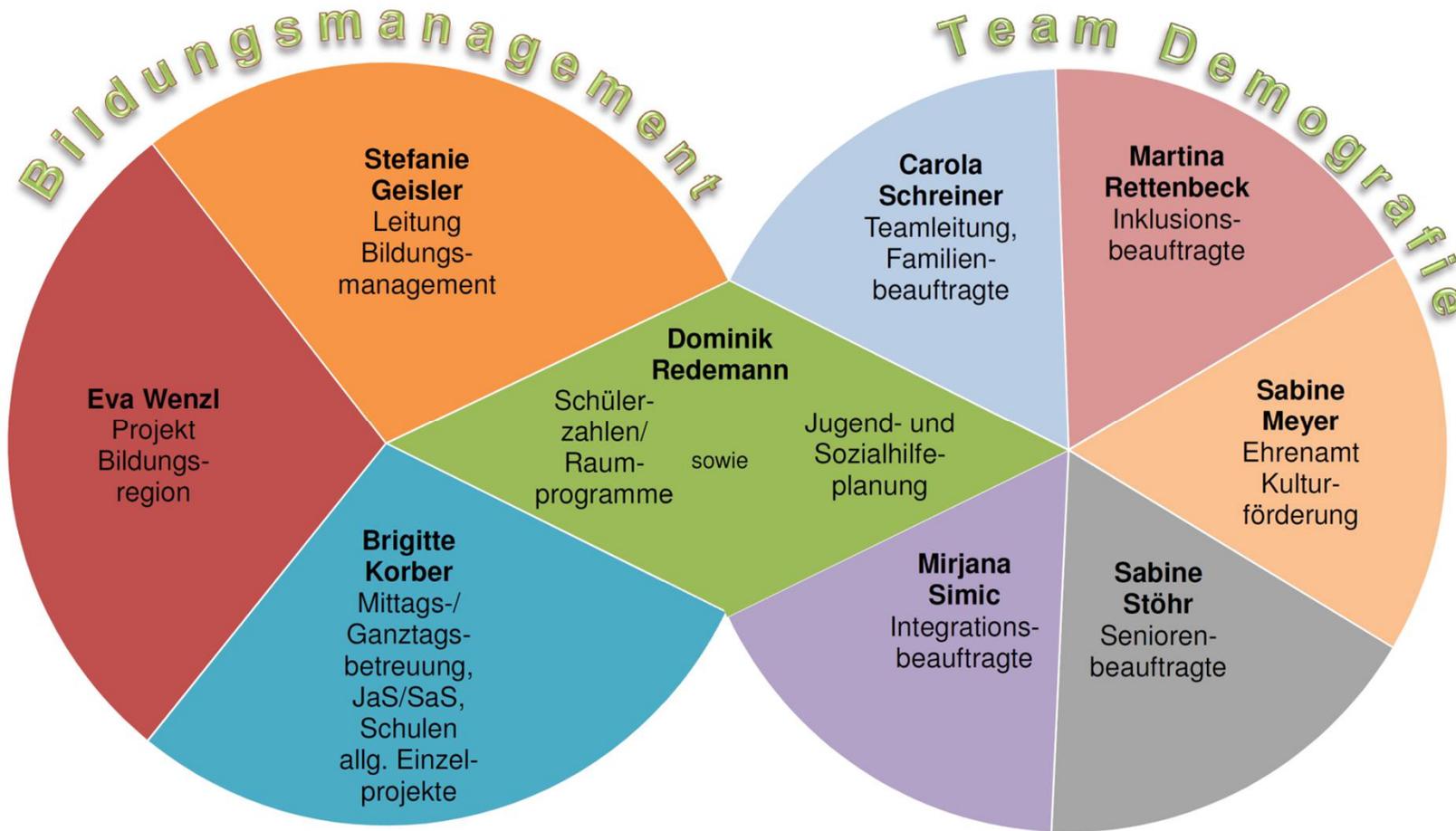
Bildungsregion

Impressionen der Schulgala am 30.06.2015



Bildungsregion

Das Team stellt sich vor:



Bildungsregion

Das Bildungsmanagement

- Fachstelle Bildungsmanagement bei Abteilung S, Soziales, Bildung
- Umsetzung der Handlungsziele aus der Bewerbung als primäres Ziel zur Sicherung der Nachhaltigkeit
 - Fortsetzung BOK- Projekt
 - Kooperationen mit der Hochschule Rosenheim zu Studienberatung und Weiterbildung
 - Ausbau schulischer Maßnahmen zur Unterstützung der Migranten
 - Fachstelle Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement/ Ehrenamt
 - Zukunftswerkstatt aus Säule 6 - Bildung ein Leben lang
 - Steuerungskreis als Fortsetzung der Treffen der Arbeitskreisleiter
 - Zusammenarbeit mit Schulen, z.B. Veranstaltung „Digitale Medien –Faszination mit Nebenwirkungen“
- Nachhaltigkeit:
 - Zentralisierung der wichtigen Handlungsfelder „Bildung“
 - Zentraler Ansprechpartner im Landratsamt für Politik, Schulen, Bildungsakteure, Landkreisbürger etc.
 - Erarbeitung eines internen Schnittstellenkonzepts
 - Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung
 - Kooperation mit der Transferagentur Bayern für kommunales Bildungsmanagement



Landratsamt Ebersberg

Fachbereich

Gesundheitskonferenz und Gesundheitsregion ^{Plus}

Gesundheitskonferenz

Informationsveranstaltung am 16.06.2015



Gesundheitsregion plus

Gründungsveranstaltung „Gesundheitsforum“ 15. Juli 2015



LK EBE seit 1. Juni 2015

Gesundheitsregion ^{plus}

- Netzwerk regionaler Akteure des Gesundheitswesens sollen die regionale Vorsorge und Versorgung optimieren.
- Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung und Erhöhung der Lebensqualität
- Entwicklung passgenauer Lösungen unter Berücksichtigung der örtlichen Begebenheiten



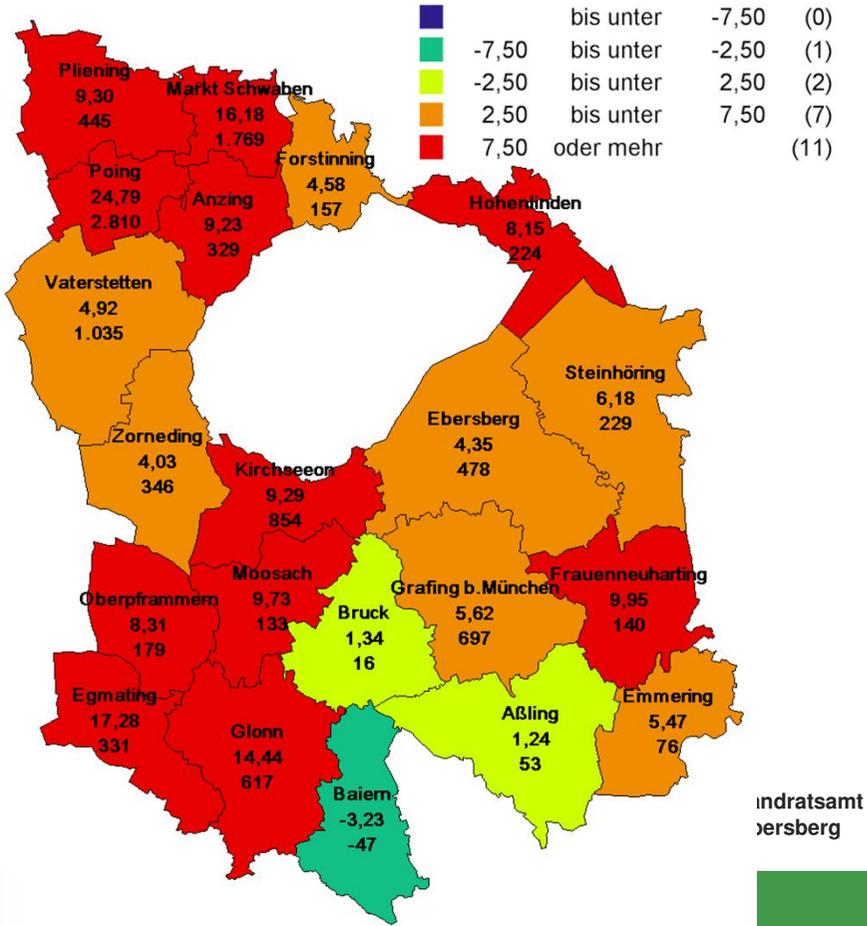
Landratsamt Ebersberg

Sozialbericht

Erster Sozialbericht für den Landkreis am 1. Juli 2015 verabschiedet.

Herr Redemann stellt den Sozialbericht
 - auf die Gemeinden zugeschnitten - gerne vor Ort vor.
 Terminvereinbarung: dominik.redemann@lra-ebe.de

Abbildung 9: Bevölkerungsveränderung Landkreis Ebersberg (2003-2013) in Prozent





Landratsamt Ebersberg

Fachbereich

Fachteam „Demografie“

Erstes Demografiekonzept für den Landkreis am 1. Juli 2015 verabschiedet.

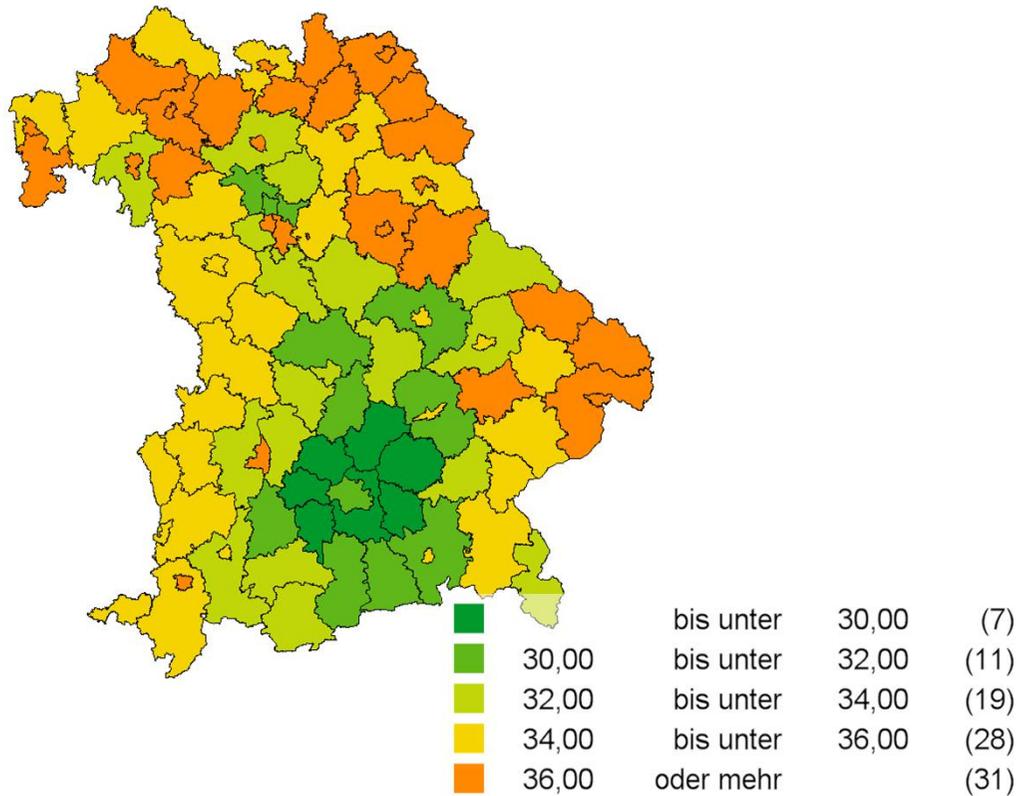
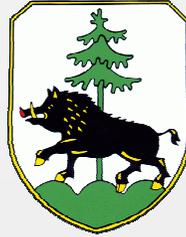


Abbildung 163: Anteil Niedrigverdiener an den Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen in Bayern (15.000 Euro und weniger) 2010





Landratsamt Ebersberg

Ehrenamt

Ehrenamtskarte startet im Landkreis

Fachstelle Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement seit 15. Januar 2015

Bürgerschaftliches Engagement im Landkreis Ebersberg



Koordinierungszentrum
Bürgerschaftliches Engagement
Fachstelle Ehrenamt und Kultur

LANDKREIS
EBERSBERG

Bekanntes 6-Säulen-Modell

- Einführung der Ehrenamtskarte
- Anlaufstelle für Bürger und Institutionen
- Ehrenamtsmesse und –plattform
- Fortbildung und Schulungen
- Ehrenamtspreis

1. Ziel: Einführung der Ehrenamtskarte - Auftaktveranstaltung zur Verleihung der Ehrenamtskarte 12. November 2015 („save-the-date“)



Landratsamt
Ebersberg



Landratsamt Ebersberg

Inklusion

Kunst kennt keine Behinderung

Das Ergebnis können Sie hier im Saal bewundern.





Landratsamt Ebersberg

Integration

Diesen Flyer haben wir Ihnen auf Ihren Platz gelegt.



Informationen zum
Arbeitsmarktzugang für
Asylbewerber und
geduldete Ausländer

Diese Information werden wir in Englisch und Französisch anbieten.

Einbürgerungsfeier 2014

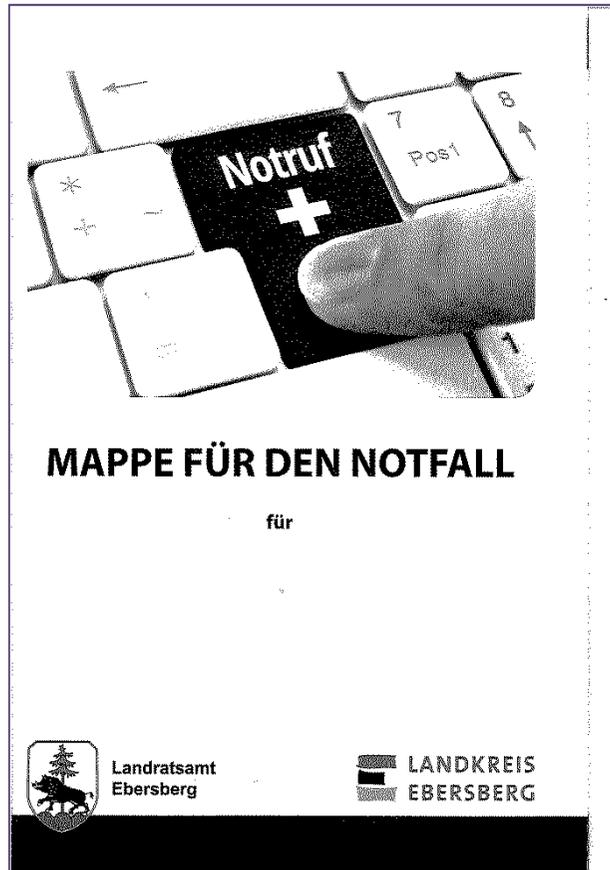
Dieses gelungene Fest werden wir am 25.10.2015 wiederholen.





Landratsamt Ebersberg

Seniorenbeauftragte



Unsere Notfallmappe ist von den Bürgern sehr gut angenommen worden; derzeit Nachdruck

Im Herbst 2015 startet die erste Schulung der ehrenamtlichen Wohnberater: Sie beraten ältere Bürger kostenlos bei Fragen des altersgerechten Wohnens





Landratsamt Ebersberg

Familienbeauftragte

Familienbeauftragte im Landkreis Ebersberg



»Familie ist die langfristige Wahrnehmung
von Verantwortung füreinander -
auch über Generationen hinweg.«



Die Familienbeauftragte nimmt wahr,
dass immer mehr Menschen im
Landkreis der Spendenunterstützung
bedürfen.

Auffällig ist, dass sich viele Familien
die Schul- oder Hortausflüge der
Kinder nicht mehr leisten können. Alte
Menschen sich weder Brillen noch
Zahnersatz kaufen können.

→ Maßnahmen im
Demografiekonzept



Anlage 5 zum Protokoll;
KT 27.07.2015 TOP 10 Ö



Landratsamt Ebersberg
Soziales, Bildung

Betreuung von Asylbewerbern – aktueller Sachstand

Kreistag
27. Juli 2015

Aktuelle Situation Asyl

Stand Unterbringung

- 38 dezentrale Unterkünfte
 - 658 Bewohner
 - 629 Asylbewerber
 - 29 Fehlbeleger
- 9 Einrichtungen für uM / 2x Pflegefamilien
 - 66 uM

Aktuelle Situation Asyl

Stand Unterbringung

- Größe
 - Asylbewerber: 4 – 58 Bewohner
 - uM: 4 – 25 Plätze
- Größe geplanter Objekte
 - Asylbewerber:
 - Vaterstetten: 100
 - Grafing / Schamach: 135 Plätze
 - uM: u.a. diverse Wohneinheiten 4 – 6 Personen
+ Ausbau St. Zeno

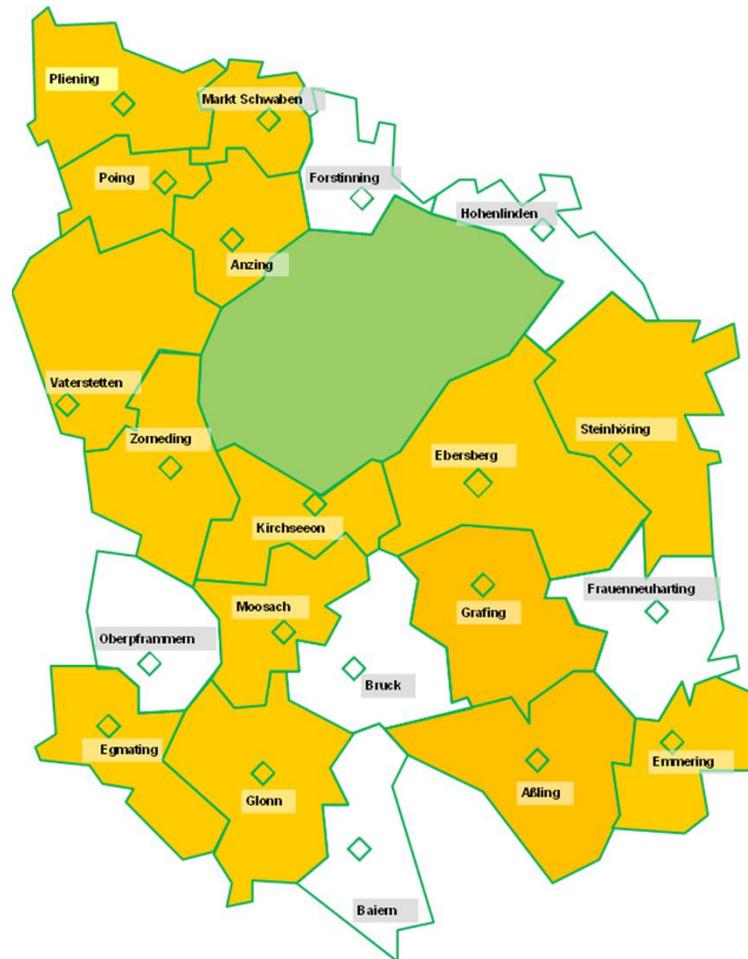
Aktuelle Situation Asyl

Prognose

- Quote entsprechend
DV Asyl § 7: 2,90 %
- Aktuelles Soll: 800 Asylbewerber
- Aktuelles Ist: 629 Asylbewerber
66 uM
- Prognose 31.12.: 1190 Asylbewerber
- Jede Woche derzeit 30 Asylbewerber (statt bisher 21) + in regelmäßigen Abständen (6 – 8 Wochen) uM

Aktuelle Situation Asyl

Übersicht Gemeinden (Asylbewerber und uM)



Aktuelle Situation Asyl

- Landratsamt ist auf jede Liegenschaft angewiesen, die potentiell zur Verfügung steht.
- Baurecht-, Brandschutz und Gewerberecht sind zwingend zu beachten.
(z.B. Vermieter möchte für ihn besseren Mietzins eines Pensionsbetriebs – dann muss die Unterkunft auch so genehmigt werden)

Aktuelle Situation Asyl

- Langfristige Objekte für die reguläre Unterbringung
- Grundstücke für Traglufthallen, Festzelte, Container
- Zur Bewältigung der derzeitigen Direktzuweisungen auch „schnelle“ Lösungen (z.B. sofort zugängliche Flächen, Liegenschaften die mit wenig Umbaumaßnahmen zur Verfügung stehen)
→ Notunterbringung

Aktuelle Situation Asyl

Container / Schulturnhalle

- RS Ebersberg seit August 2014
- Gymnasium Grafing seit Herbst 2013
- SFZ Poing seit Herbst 2014
- Gymnasium Kirchseeon seit 23. Juli 2015

Notfallplan

- Dreifachturnhalle Gymnasium Vaterstetten
- Dauerhaft gemeldet als Notfallplan
- Mai – Juni 2015
- Lage hat sich verschärft: weitere 100 Plätze müssen bis 31. Juli gemeldet werden.

Aktuelle Situation Asyl

- Keine freien Verfügungsmöglichkeiten mehr vorhanden
- Gymnasium Kirchseeon bietet Platz für 132 Asylbewerber
- Planung von Traglufthallen, Anmietung von Containern
- Beschlagnahme möglich

Aktuelle Situation Asyl

In der Umsetzung

Asylunterbringung

- Vaterstetten Föhrenweg 100 Plätze
- Ebersberg, Laufinger Allee, 50 Personen (Erstbezug schon +)
- 2 x Wohneinheiten Vaterstetten: insgesamt 30 Personen

Unbegleitete Minderjährige

- Grafing, Hausmeister-Wohnung Gym
- Glonn, Gewerbeobjekt
- Kirchseeon, 2 Wohnungen

Aktuelle Situation Asyl

Noch offen

Asylunterbringung

- Vaterstetten, Grundstück, 100 Plätze
- Markt Schwaben, Grundstück, noch offen
- Poing / Grub, Grundstück, noch offen
- Pliening, ca. 35 Plätze
- Anzing, „Forsthaus“, ca. 20 Plätze
- Oberpfammern, Grundstück, noch offen
- Aßling, Grundstück, noch offen
- Zorneding, Grundstück, 60 – 130 Plätze
- Grafing / Schamach, 135 Plätze

Unbegleitete Minderjährige

- Poing, 2016 – 2 Wohnungen

Aktuelle Situation Asyl

Mitarbeiter im Landratsamt / Asylbewerber – ohne uM

- AL / SGL anteilig / überwiegend derzeit Asyl
- TL 1,0
- Verwaltung: 2,5
- Hausmeister: 1,0
- Soziale Betreuung: 2,5

- Ausländeramt: 2,0 Verwaltung

ausgeschrieben:

- 1,0 Hausmeister
- 1,0 Immobilienmanager
- 1,0 Asylsozialberatung

Aktuelle Situation Asyl

Asylsozialberatung

- Landratsamt 2,5 Stellen
 - 2,0 Team Asyl
 - 0,5 Integrationsbeauftragte
 - Caritas: 1,0 Stellen
- Quote: 1: 179 (vorgegeben: 1:150)
- Ausbau geplant, aktuell in der Ausschreibung
- Caritas 1,0
 - Landratsamt 1,0

Aktuelle Situation Asyl

Asylsozialberatung

- Zuständigkeit Caritas: Grafing und Emmering
- LRA: die übrigen Gemeinden / aufgeteilt, Ansprechpartner vor Ort bekannt

Kosten:

- Personalkostenförderung 80% Caritas
- Bewerbung LK um Modellförderung für eigenes Personal

Aktuelle Situation Asyl

Asylsozialberatung

- Ausbau Asylsozialberatung zu je 50% Caritas und Landkreis – Haushalt 2016
- Personalkosten gehen derzeit zu Lasten des Landkreises (Ausnahme: Hausmeister)
- uM: pädagogische Betreuung – Erstattung zu 100 %; Verwaltung zu Lasten des Landkreises (derzeit 0,5 Zuarbeit)

Aktuelle Situation Asyl

Unterstützung des Ehrenamtes

- Zuschusstopp für gemeindliche Helferkreise – 5.000 €; nur 3 Abrufe
- Sprachkursberatung und –aufbau durch Frau Simic
- Flüchtlingskonzept: Beratung 8. September AK Asyl, Vorstellung am 15. September 2015
- Ab Oktober 2015: Kooperationsprojekt mit Kirchen und Bildungsträgern: Begleitung von Ehrenamtlichen im Asylbereich
- Ab Oktober 2015: 0,5 Koordinierungsstelle LRA: Modellförderung soll beantragt werden; derzeit Interessenbekundung – Förderung zu 50 % möglich